

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Preis 10 €

Ausgabe 2/2008

ISSN 1617 - 1799

Journal für Generationengerechtigkeit

Thema des Heftes:
Grundlagen der Generationengerechtigkeit



Editorial

Normalerweise befasst sich diese Zeitschrift mit spezifischen Problemen intergenerationeller Gerechtigkeit, wie beispielsweise Umweltproblemen oder Staatsschulden, der Benachteiligung der jungen Generation auf dem Arbeitsmarkt etc. Doch hin und wieder ist es notwendig, sich davon zu überzeugen, dass die theoretischen Grundlagen für Generationengerechtigkeit stabil sind – und weiterentwickelt werden. Deshalb hat die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen namhafte Experten aufgefordert, ihre Ansichten darüber darzulegen, was Generationengerechtigkeit heute eigentlich bedeutet.

Im ersten Artikel dieser Ausgabe lädt uns Professor Ernest Partridge, der sich schon 1980 mit Zukunftsverantwortung beschäftigte, zu einem eindrucksvollen Gedankenexperiment ein. Er zeigt auf, dass wir aus heutiger Sicht nie abschließend wissen können, welche Entwicklungen sich in den nächsten Jahrzehnten ergeben werden. Partridge behauptet allerdings, dass es möglich wie auch moralisch erforderlich sei, Normen aufzustellen, die einen gerechten Umgang mit allen nachfolgenden Generationen festlegen. Er widerlegt Argumente, die uns von jeglicher Verantwortung für nachfolgende Generationen freisprechen wollen.

Edward Page, Professor für Politische Theorie an der Universität Warwick (Großbritannien) und Autor des zweiten Artikels, fasst die Hauptprobleme der Generationengerechtigkeit (GG) wie folgt zusammen: GG bezieht sich auch auf die Anforderung an zukünftiges Dasein: Welches Wohlstandsniveau können wir zukünftig erwarten? Nach welchem Prinzip werden Lasten und Nutzen verteilt? In seinem Artikel wertet Page drei Probleme für Theorien der GG aus: Unsicherheit, den Grundsatz der Gegenseitigkeit und die Theorie der Nicht-Identität. Er kommt zu dem Schluss, dass jedes dieser Probleme bewältigt werden kann, ohne dass die zentralen Ziele eines liberalen Egalitarismus dafür aufgegeben werden müssen.

Im dritten Hauptartikel begründet Clark Wolf, Professor der Philosophie an der Universität von Iowa, warum viele unserer Verbindlichkeiten für zukünftige Generationen in Bezug auf die Vorteile und Lasten, die wir zwischen den Generationen austauschen, verstanden werden müssen. Nach Wolf können wir uns Umweltverbindlichkeiten genau so vorstellen wie finanzielle Verbindlichkeiten. Diese Metapher sei hilfreich, unsere wichtigsten Pflichten im Zusammenhang mit Generationengerechtigkeit zu verstehen.

Wie in jeder Ausgabe unserer Zeitschrift wurden auch diesmal neue und einflussreiche Bücher rezensiert. Die rezensierten Bücher sind „Political Theory and the Ecological Challenge“ (von Andrew Dobson und Robyn Eckersley) und „Economics for Humans“ (von Julie Nelson). Zudem gibt es eine ausführliche Zusammenfassung von Jörg Tremmels zweiter Doktorarbeit „A Theory of Intergenerational Justice“. Schließlich informieren wir über die derzeitige Arbeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG).

Sicher haben Sie, liebe Leserin, lieber Leser, gemerkt, dass diese Zeitschrift nicht mehr *Generationengerechtigkeit!* sondern *Journal für Generationengerechtigkeit (JfGG)* heißt. Ab Herbst 2008 erscheint die Zeitschrift als begutachtetes Journal, das stets die wichtigsten Forschungsergebnisse und aktuelle Aufsätze veröffentlicht wird. Mit dieser Ausgabe beginnend wird es in jedem Quartal neben der deutschen auch eine englische Ausgabe des Magazins geben. Die Zielgruppe des *JfGG* sind Wissenschaftler, ebenso wie derzeitige und zukünftige Entscheidungsträger. Das Herausbergremium umfasst derzeit: Prof. Ernst Partridge, Prof. Dieter Birnbacher, Prof. Lukas Meyer, Dr. Axel Gosseries, Prof. Claus Diercksmeier und Prof. Leslie Thiele. Als ein Journal mit wissenschaftlichem Anspruch will das *JfGG* eine Lücke in der bestehenden Zeitschriftenlandschaft schließen und gleichzeitig ein interdisziplinäres Forum bieten, in dem eine rege Diskussion über intergenerationelle Themen entfacht wird. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den politischen, ethischen und rechtlichen Dimensionen der GG.

Anliegen der Zeitschrift ist es, zu untersuchen, welche Politiken von den relevanten Akteuren in der Vergangenheit als ‚generationengerecht‘ bezeichnet wurden (deskriptive Fragestellung), welche Motivationen dahintersteckten (analytische Fragestellung) und wie generationengerechte Politik tatsächlich aussehen sollte (normative Fragestellung).

Diese drei Fragestellungen müssen sodann einzeln für die nationalen und internationalen Politikfelder untersucht werden, also beispielsweise auf dem Gebiet der Umweltpolitik, der Renten- und Gesundheitspolitik, der Finanzpolitik, der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik oder der Friedenspolitik Anwendung finden. Diese Aufzählung lässt erahnen, wie weit das wissenschaftliche Spektrum reicht, das das *Journal für Generationengerechtigkeit* anspricht.

Auch die strukturellen Probleme, an denen die in der Demokratie häufig kurzfristige

Politik krankt, werden erwähnt: Jede Demokratie ringt mit dem Zwiespalt, dass sie die aktuellen Probleme für wichtiger erachtet als die zukünftigen. Zukünftige Individuen können heute noch nicht wählen. Diese banale Tatsache führt dazu, dass sie nicht mitwirken können, wenn heute Entscheidungen gefällt werden, die ihre Lebensbedingungen unwiderruflich verändern werden. Politiker, die gerade ihre Wiederwahl vorbereiten, denken normalerweise nicht an diese „Nicht-Wähler“. Das Journal soll eine Plattform bieten, um aussichtsreiche Lösungsansätze für diese Schwierigkeiten zu entwickeln.

Aber warum belassen wir es in dieser Zeitschrift nicht bei der Politikforschung? Ganz einfach, das Themengebiet der inter- und intragenerationellen Beziehungen stellt auch unweigerlich normative Fragen, beispielsweise die Frage nach den moralischen Verpflichtungen einer Einzelperson (Mikroebene), einer Institution (Mesoebene) oder eines ganzen Gesellschaftssystems (Makroebene) gegenüber anderen Generationen. Dies alles sind Themen, die im täglichen Leben kaum diskutiert werden. Die Ethik ist die einzige Wissenschaft, die direkt die Frage nach der Gerechtigkeit stellt und zu erklären versucht, inwiefern sich gängige Gerechtigkeitsgrundsätze auf die intergenerationelle Gerechtigkeit anwenden lassen. Und nicht zuletzt muss sich die Teildisziplin „Recht“ mit der Frage beschäftigen, ob moralische Verbindlichkeiten für künftige Generationen in bestimmte juristische Verpflichtungen transformiert werden können.

Sowohl normative als auch analytische und empirische Aufsätze können eingereicht und vom Herausbergremium begutachtet werden. Der Schwerpunkt wird sich von Ausgabe zu Ausgabe ändern und hängt insbesondere vom Thema der Zeitschrift ab.

Für die erste begutachtete Ausgabe zum Thema „Historische Ungerechtigkeit“ sind Dozenten, Experten und junge Wissenschaftler eingeladen, Artikel bis zum 1. August 2008 einzureichen. (Beachten Sie dazu auch den Aufruf für Artikel auf Seite 23.)

Wir hoffen, dass Sie Gefallen an dieser Ausgabe des *Journals für Generationengerechtigkeit* finden.



Dr. Jörg
Tremmel,
Chefredakteur

Eine gerechte Vorsorge für die Zukunft

von Prof. Ernest Partridge

(Übersetzung: Jakob Toebelman, Felix Stahlmann)

Abstract: Können die Mitglieder einer Generation Regeln für eine gerechte Vorsorge zugunsten aller Nachfolgenerationen festlegen - trotz einer umfassenden und unauf lösbaren Ungewissheit bezüglich der Lebensbedingungen zukünftiger Menschen, deren Leben sich nicht mit dem unseren überschneidet? Ich vertrete die Ansicht, dass es sowohl möglich als auch moralisch erforderlich ist, solche Regeln festzulegen. Anschließend schlage ich sieben Regeln für eine gerechte Vorsorge zugunsten zukünftiger Menschen vor.

Zwei Gedankenexperimente

Ein Blick in die Zukunft im Jahre 1787. Als sich im Jahre 1787 Delegierte von den neuerdings unabhängigen Vereinigten Staaten von Amerika versammelten, um eine Verfassung zu entwerfen, galt ihre Sorge den Rechten und dem Wohl zukünftiger Generationen. In der Präambel lesen wir, dass das Dokument ratifiziert wurde, „um eine perfekte Einheit zu formen, nationale Ruhe zu versichern, eine allgemeine Verteidigung zu gewährleisten, generellen Wohlstand zu fördern und den Segen der Freiheit für uns selbst und für die Nachwelt zu sichern.“ Vielleicht haben einige Delegierte der verfassungsgebenden Versammlung in privaten Gesprächen über die praktische Politik spe-

immer noch gute Gründe, die beeindruckenden Wale zu schützen, aber die Versorgung mit Lampenöl ist sicherlich keiner von ihnen. Zugleich waren in dieser Zeit, als der „leere“ Kontinent im Westen nur darauf wartete, besiedelt und bestellt zu werden (die Rechte amerikanischer Ureinwohner interessierten die Farmer wenig), künftige Überbevölkerung und Ressourcenausbeutung für die Verfassungsväter nicht vorstellbar.

Ein Blick zurück aus dem Jahre 2508. Meine Heimat liegt in den San Bernardino Bergen in Kalifornien, etwa dreißig Kilometer nördlich der Stadt desselben Namens. Heute ist es unmöglich abzuschätzen, ob dieser Standort in fünfhundert Jahren bewohnt sein wird oder, falls ja, wie die Lebensbedingungen der Einwohner sein werden. Wenn sich derzeitige Trends ohne menschliche Mäßigung fortsetzen, sagen Klimaforscher voraus, dass das semi-aride südwestliche Viertel der USA eine unbewohnbare Wüste werden könnte. Auf der ganzen Welt müssten Küstenstädte und einige Inselstaaten verlassen werden, da der Verlust des größten Teils des grönländischen und antarktischen Eises dazu führt, dass der Meeresspiegel um mehr als dreißig Meter steigt. Wenn nicht neue und nachhaltige

Abnahme auf ein letztlich konstantes Niveau. Wissenschaftliche Erfindungen und technologische Entwicklungen, die uns heute so unvorstellbar erscheinen wie den Verfassungsvätern von 1787 der Benzinmotor, Petrochemikalien, elektrische Haushaltsgeräte und die Telekommunikation, könnten uns mit billiger und unerschöpflicher Energie in Hülle und Fülle versorgen und durch massive „Geo-Konstruktion“ das Übermaß an Treibhausgasen aus der Atmosphäre beseitigen, den Meeresspiegel stabilisieren und die Erderwärmung rückgängig machen.

Welches von diesen oder den zahlreichen anderen Szenarios letzten Endes in fünf Jahrhunderten eintreten wird, hängt maßgeblich von den politischen Entscheidungen und Investitionen der derzeitigen und der unmittelbar nachfolgenden Generation von Menschen ab. Aber welche politischen Entscheidungen und Investitionen mag die derzeitige Generation selbst mit besten Absichten machen, um weit zukünftige Generationen zu begünstigen, wenn wir doch ganz sicher nicht wissen und nicht wissen können, wie die Umstände ihres zukünftigen Lebens oder das Wissen und die Technologie zu ihrer Freisetzung aussehen, um mit diesen Problemen fertig zu werden? Werden die Menschen jener zukünftigen Generation unser Handeln für gut oder für schlecht befinden wenn sie betrachten, wie wir für unsere Nachfolger vorgesorgt haben, oder nicht vorgesorgt haben? Wie können sie uns gerecht bewerten, wenn wir doch nur so wenig von ihren Lebensbedingungen wissen können? Diesen Fragen wird sich der restliche Text annehmen.

Ungerechtigkeit irgendwo ist eine Bedrohung für Gerechtigkeit überall.

/ Martin Luther King /

kuliert, die sie durchführen müssten, um ihrer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gerecht zu werden. Sie könnten erwogen haben, Walfangquoten einzuführen, damit Wale vor ihrer Ausrottung bewahrt würden, und somit künftige Generationen permanent mit Walöl für Öllampen versorgt wären. Auf ähnliche Weise könnten sie darüber sinniert haben, dass man die Wälder schonen sollte, um Feuerholz für das Heizen der Häuser bereitzustellen. Des Weiteren haben sie vielleicht diskutiert, dass man Weideflächen für die adäquate Versorgung von Pferden reservieren sollte, um so Ressourcen für den Transport und die Kommunikation aufrecht zu erhalten.

Sie könnten all dies erwogen haben, weil ihnen die Bedeutung von Elektrizität und Erdöl für die zukünftige Wirtschaft der Nation vollkommen unbewusst war. Es gibt

Energiequellen entwickelt werden, könnte die Ausbeutung fossiler Brennstoffvorräte in den nächsten Jahrhunderten den Zusammenbruch der Industriekultur, weit verbreitete Hungersnöte, Krankheiten, Kriege und schließlich einen drastischen Rückgang der Weltbevölkerung nach sich ziehen.

Das ist das Szenario vom Tag des Jüngsten Gerichts. Zum Glück gibt es andere. In fünfhundert Jahren, der Zeitspanne, die unsere Generation von der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus trennt, mag diese Berggemeinde, genau wie andere Gemeinden auf der ganzen Welt, wirtschaftlich gedeihen, inmitten eines kräftigen und nachhaltig natürlichen Ökosystems. Schon heute verlangsamt sich das Wachstum der Weltbevölkerung. Für das nächste Jahrhundert sehen einige Demografen eine maximale Weltbevölkerung von etwa neun Milliarden voraus, gefolgt von einer langsamen

Argumente gegen Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen

Unser kurzer Blick voraus und zurück hat verschiedene Schwierigkeiten aufgezeigt, die die Vorschläge einer gerechten Vorsorge für die Zukunft mit sich bringen. Solche Schwierigkeiten haben Philosophen und andere Gelehrte dazu gebracht, abzustreiten, dass die derzeitige Generation irgendeine wie auch immer gelagerte Verantwortung zukünftigen Generationen gegenüber hat. Nachfolgend sind die bedeutendsten Argumente für das Leugnen solcher Verantwortung aufgelistet. Da ich zu jedem bereits äußerst lange Antworten veröffentlicht habe, werde ich diese nur kurz und ohne ausgedehnte Widerlegung erwähnen und meine dazu veröffentlichten Antworten in den Endnoten zitieren.¹

Zukünftige Menschen sind nicht als Individuen erkennbar. Aber die Tatsache, dass man zukünftige Opfer von Nachlässigkeit nicht bestimmen kann (zum Beispiel indem man Glassplitter an einem öffentlichen Strand zurücklässt), enthebt einen nicht seiner Verantwortung.² Dieses Gegenargument lässt sich sowohl auf lebende als auch auf noch ungeborene potenzielle Opfer anwenden.

Zukünftige Menschen sind nur ‚möglich‘ oder sogar nur ‚denkbar‘ und besitzen daher keinen Anspruch auf Rechte gegenüber der heutigen Generation. Sie werden nur dann Rechte haben, wenn sie entstehen. Diese Aussage ist für manche, aber nicht alle Rechte wahr, nämlich für „aktive Rechte“, aber nicht für „passive Rechte“. Natürlich können zukünftige Menschen noch nicht handeln, um „auswählende Rechte“ auszuüben (dies und jenes zu tun oder zu lassen). Aber sie haben heute das Recht, nicht unter Gesetzen oder politischen Maßnahmen der jetzt Lebenden leiden zu müssen.³

Wir können nicht einschätzen, was für zukünftige Generationen von Wert ist, und wissen daher nicht, wie wir sie begünstigen können. Aber obwohl wir nicht voraussehen können, was für zukünftige Menschen in Kunst, Literatur, bei Sport, Traditionen oder Sitten von Wert ist, sind wir uns ihrer „Grundgüter“ (wie John Rawls sie nennt) wohl bewusst – nämlich das, was für alle Menschen zu jeder Zeit von Wert ist, egal auf was sie sonst Wert legen mögen oder nicht. Zu diesen Grundgütern gehören Gesundheit, eine lange Lebensdauer, Freiheit, Chancen und eine nachhaltige natürliche Umwelt.⁴

Es herrsche Gerechtigkeit, möge auch die Welt darüber zu Grunde gehen.

/ William Murray, 1st Earl of Mansfield /

Individuelle menschliche Erfindungsgabe und marktwirtschaftliche Anreize werden genügen, um den Bedürfnissen zukünftiger Generationen entgegenzukommen. Öffentliche Politik wird nicht benötigt und könnte sich sogar kontraproduktiv auswirken. Dies ist die Haltung der libertären Theoretiker und insbesondere die Ansicht des verstorbenen Ökonomen Julian Simon.⁵ Im Gegenteil zeigen uns aber Geschichte und praktische Erfahrungen, dass ungesteuerte, eigennützige Handlungen Einzelner katastrophale Folgen nach sich ziehen können (die „Tragik der Allmende“ – gut für jeden, schlecht für alle) und dass Sozialleistungen oftmals akzeptable persönliche Opfer voraussetzen (zum Beispiel Steuern und rechtliche Begrenzungen – schlecht für jeden, gut für alle).⁶

Das Motivations-Problem: Menschliche Wesen sind einzeln und in der Gruppe unfähig, Opfer zu

akzeptieren und zu ertragen, derer es bedarf, um die Lebensaussichten von Menschen in ferner Zukunft zu verbessern. Dem metaethischen Gesetz „Sollen setzt Können voraus“ zufolge besitzt die gegenwärtige Generation keine Verantwortungen gegenüber der zukünftigen. Die Geschichte zeigt hingegen, dass Individuen und Gesellschaften in Zeiten von Krieg und anderen Notfällen außerordentliche Opfer zu bringen imstande sind. Zudem hängt die menschliche Fähigkeit von Kultur und Erziehung ab. Schließlich gibt es reichlich Beweise dafür, dass sich das „Grundgut“ psychologische Gesundheit durch die eigenen Interessen transzendierende Motive auszeichnet, was eine gutmütige Sorge für das Wohlergehen zukünftiger Menschen beinhalten würde.⁷

Das Zukünftige-Menschen-Paradoxon: Wir können bestimmten zukünftigen Menschen nicht schaden oder sie begünstigen. Die Politik, die wir heute beschließen, wird verursachen, dass unterschiedliche Menschen in Zukunft existieren. Da eben jene Existenz zukünftiger Menschen von Entscheidungen ihrer Vorgänger abhängt, können sie sich nicht über vergangene Politiken beschweren, weil jene Menschen nicht existieren würden, wäre diese anders gewesen.⁸ Aber obwohl es wahr ist, dass diejenigen unter uns, die heute leben, nicht das Leben von Einzelnen in ferner Zukunft verbessern können, üben wir sehr wohl Einfluss auf die Lebensqualität vieler alternativer zukünftiger Bevölkerungen aus. Außerdem handelt es sich hierbei um eine zwangsläufige Entscheidung – „Nichtstun ist etwas Tun“ – für was auch immer wir uns entscheiden, mit oder ohne Verantwortung: Es wird für einige Menschen die Zukunft besser oder schlechter machen.

Eine gerechte Vorsorge für die Nachwelt: einige Politik-Vorschläge

Wenn wir all die obigen Einwände erfolgreich überwinden, bleibt die Frage: Wie könnte die gegenwärtige Generation am besten auf die moralische Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen reagieren?

In seinem wegweisenden Buch *A Theory of Justice* nahm sich John Rawls der Frage aus der Sicht eines „hypothetischen Gesellschaftsmitglieds“ im (von Rawls so genannten) „Urzustand“ an – einer ausgearbeiteten Version dessen, was Philosophen die „moralische Sichtweise“ nennen. Das Gesellschaftsmitglied im Urzustand besitzt allgemeine wissenschaftliche, ökonomische, geschichtliche und psychologische Kenntnisse und ist sich der „Grundgüter“ bewusst – die jede Person zu jeder Zeit für sich selbst

begehrt. Die Grundgüter umfassen Gesundheit, Intelligenz, Rechte, Freiheiten, Chancen und Selbstachtung. „Was auch immer jemand für Ziele haben mag“ schreibt Rawls, „Grundgüter sind die Mittel dazu.“¹⁰ Was man im Urzustand nicht weiß, ist all das, was einen als Individuum identifiziert – die eigenen wirtschaftlichen Umstände, Vorlieben, Wünsche und, am wichtigsten für das Nachwelt-Problem, der eigene Platz in der Geschichte. Somit entscheidet man im Urzustand für sich selbst, gleichermaßen wie für die Menschheit und für alle Generationen. Und insofern kann man, ohne die eigene Generation zu kennen, beurteilen, was diese als Vermächtnis ihrer Vorgänger gerechterweise verdient, und umgekehrt, was sie ihren Nachfolgegenerationen gerechterweise bereitstellen sollte.

Hiervon leitet Rawls seine Prinzipien der „gerechten Ersparnisse“ ab, nach denen jede Generation einen Teil seiner Güter zur Seite legen und seine Vorteile zum Wohle ihrer unmittelbaren Nachfolger bewahren sollte. „Gerechtes Sparen“, schreibt Rawls, zieht nach sich, dass „jede Generation ... die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation ..., die erreichten gerechten Institutionen bewahren... [und] stets eine angemessene Kapitalakkumulation betreiben [muss].“ Mit „Kapital“ meint Rawls „nicht bloß ... Fabriken, Maschinen usw. ..., sondern auch ... Wissen und Kultur sowie [die] Methoden und Fähigkeiten, die gerechte Institutionen und den fairen Wert der Freiheit ermöglichen.“¹¹ Das ist ein guter Anfang, aber er muss weitergeführt werden.

Gerechtes Antizipieren und Duldsamkeit. Eine gerechte Vorsorge für die Zukunft setzt das Wissen um die zukünftigen Folgen gegenwärtiger Ereignisse und Vorgänge voraus, wenn diese nicht unterbrochen oder anderweitig verändert oder abgemindert werden. Zum Beispiel wäre die Abnahme der stratosphärischen Ozonschicht weitergegangen und hätte einen verheerenden Zuwachs an ultravioletter Strahlung verursacht, hätten nicht Paul Crutzen, Sherwood Rowland und Mario Molina die Folgen des FCKW-Ausstoßes in die Atmosphäre entdeckt. Ein internationales Verbot dieser Chemikalien folgte - zum großen Nutzen zukünftiger Generationen. Auf ähnliche Weise führten Studien zur multiplikativen Anreicherung von Pestiziden in der Biosphäre und ihre Auswirkungen auf Raubfische und Vogelpopulationen zu Hilfsaktionen. Heutzutage warnen Atmosphärenforscher auf der ganzen Welt vor schrecklichen Folgen, wenn der globale Klimawandel ungehindert weitergeht. Diese Warnungen bringen Verantwortungen für die Zukunft mit sich. Wenn die derzeitige Generation zukünftige Katastrophen nicht abzuwenden vermag, kann dieses Versagen nicht mit Unwissenheit ent-

Drei Probleme intergenerationaler Gerechtigkeit

von Prof. Edward Page

(Übersetzung: Jakob Toebelmann, Felix Stahlmann)

Abstract: *Generationengerechtigkeit wirft grundlegende Fragen über den geeigneten Rahmen, das Muster und die 'Währung' von Verteilungsfragen auf. In diesem kurzen Artikel beurteile ich drei Argumente für die Begrenzung von Gerechtigkeit auf Beziehungen unter Zeitgenossen und lege dar, dass jedes Argument widerlegt werden kann, ohne die zentralen Grundsätze des liberalen Egalitarismus aufzugeben.*

Eine ausgereifte Theorie der Generationengerechtigkeit, die das Problem einer gerechten Verteilung von Vorteilen und Lasten unter Nicht-Zeitgenossen lösen will, muss sich zumindest vier entscheidenden Problemen stellen. Das erste und grundlegendste Problem (die 'Reichweite von Gerechtigkeit') betrifft die Bestimmung der legitimen Adressaten von Generationengerechtigkeit. Das zweite, der 'Umfang von Gerechtigkeit', betrifft das Maß der Vorteile, auf das jedes Rechtssubjekt Anspruch hat. Die dritte Frage betrifft die Bestimmung einer 'Währung', also welche verschiedenen Konzepte bezüglich Reichweite und Umfang von Generationengerechtigkeit gelten sollen. Der vierte Punkt, die 'Last der Gerechtigkeit', betrifft die Identifikation der Akteure, die die Verantwortung haben, Generationengerechtigkeit zu etablieren und instand zu halten. Zudem stellt sich die

Als Basis dessen, was ich anschließend ausführen werde, nehmen wir die folgende allgemeine Argumentationslinie für die Existenz umfangreicher Pflichten innerhalb des Konzepts der Generationengerechtigkeit:

Das Generationengerechtigkeits-Argument (GgA)

P1: Ausbeutungspolitik bedroht die Interessen zukünftiger Menschen.

P2: Menschliche Aktivitäten, die die Interessen zukünftiger Menschen bedrohen, sind ungerecht.

P3: Ausbeutungspolitik ist ungerecht.

Den Verfechtern der *Unsicherheitstheorien* zufolge solle das GgA zurückgewiesen werden, da P1 offensichtlich falsch oder zumindest nicht beweisbar sei. Die für alle Generationen geltende Unerfahrbarkeit der Zukunft führe dazu, dass wir über keine verlässlichen Informationen über die langfristigen Auswirkungen menschlichen Handelns verfügen können. Wir hätten somit – anders als im Falle existierender Menschen oder zukünftiger Menschen, deren Leben sich an irgendeinem Punkt mit dem unserem überschneidet – unzureichende Informationen, auf welche sich unsere Verpflichtungen gegenüber Menschen in ferner Zukunft gründen ließen. Man bedenke dabei, dass es Unsicherheitstheoretikern nicht darum geht,

Wohlergehen festzustellen. Bereiche des menschlichen Lebens, für die dies gilt, sind die menschliche Gesundheit (durch Veränderungen bei Krankheitsziffern und Sterberate), die Nutzung von Ressourcen (durch Veränderungen im Gleichgewicht und der Nutzung von erneuerbaren und nicht erneuerbaren Energien), die Kriegsführung (durch die Einführung neuer Waffensysteme oder logistischer Mechanismen) und nicht zuletzt menschliche Vorlieben und Werte. Beweise für unsere derzeitige Unwissenheit finden sich auch unter den zahlreichen und manchmal belustigenden historischen Fehleinschätzungen bei der Vorhersage zukünftiger Auswirkungen neuer Technologien oder sozio-politischer Trends, wobei Churchills oft zitierte Bemerkung über Nuklearwaffen als ein Beispiel dient. Versetzen die offensichtlichen Probleme bei der Vorhersage zukünftiger Auswirkungen unseres Handelns den Theorien von Generationengerechtigkeit auf der Ebene der Reichweite also den Todesstoß? Sollte die Diskussion über Gerechtigkeit allein Zeitgenossen vorbehalten bleiben und auf erkenntnistheoretischen Begründungen fußen? Ich meine nein. Erstens wird durch das Unsicherheitsargument das Maß der Sicherheit überbewertet, das die moralischen Beziehungen unter Zeitgenossen charakterisiert. Sogar Beziehungen zwischen Zeitgenossen, Landsleuten und Familienmitgliedern sind mit bedeutender Unsicherheit bezüglich Vorlieben, Werten und Ergebnissen behaftet.² Zweitens kann als deutlichste Antwort auf das Argument einfach aufgezeigt werden, dass wir selbst unter den undeutlichsten Zusammenhängen genug über die Zukunft wissen, um Folgendes voraussetzen zu können: Es wäre eine große Ungerechtigkeit, eine Politik auszuüben, die die grundlegendsten und vorhersehbarsten zukünftigen Interessen bedrohen würde: sauberes Wasser zu trinken, saubere Luft zu atmen, Schutz vor den Naturgewalten zu besitzen und in einer Umwelt zu leben, die nicht über jedes wie auch immer begründete Maß von menschlicher Anpassungsfähigkeit hinaus verändert ist.³ Das GgA geht davon aus, dass jede Generation über ein gewisses Maß an Wissen verfügt, um die Schlüsselerisiken jeder erdenklichen Politik für zukünftiges Wohlergehen bestimmen zu können. Aber dies erfordert weit weniger Genauigkeit als vom Unsicherheits-Argument vorausgesetzt. Den Verfechtern der *Gegenseitigkeitstheorie* zufolge solle das GgA abgelehnt werden, da P2 falsch sei. Falsch deswegen, weil keinem Akteur unterstellt werden könne,

Die Atomenergie mag vielleicht so gut sein wie die uns heute bekannten Sprengstoffe, aber es ist sehr unwahrscheinlich, etwas sehr viel Gefährlicheres herstellen zu können.

/ Winston Churchill / 1939 /

Frage nach der Methode, durch die einigermaßen präzise Ansprüche gegen die Pflichtenträger gestellt werden können. Zusammengefasst könnte man sagen, dass Generationengerechtigkeit bestimmt, *welche zukünftigen Einheiten welches Maß an Gutem erhalten sollen, wie dieses Gute konzipiert ist und durch welche Prinzipien der Lastenverteilung es bestimmt wird.*

In diesem kurzen Artikel beurteile ich drei oft vorgebrachte Argumente, ohne mich dabei auf strittige Prämissen zu stützen. Diese Argumente besagen, dass jede Theorie der Generationengerechtigkeit sich aussichtslos damit abmühen könnte, mit der grundsätzlichen Frage nach der legitimen Reichweite von Gerechtigkeit fertig zu werden. Die drei Argumente beziehen sich auf *Unsicherheit, Gegenseitigkeit und Eventualität.*

dass wir überhaupt nicht fähig wären, die Zukunft vor auszuhnen. Sie wollen lediglich den unzureichenden Kenntnisstand aufzeigen, der es unmöglich mache, zwischen verschiedenen Prognosen der Auswirkungen unseres Handelns auf künftiges Wohlergehen zu wählen. Um Forderungen nach Generationengerechtigkeit begründen zu können, brauche man aber diese Unterscheidungsmöglichkeit.¹ Auf den ersten Blick wirkt das wie ein schlagendes Argument – zumindest für Konsequentialisten, die moralische Verpflichtungen danach ableiten, ob diese dazu neigen, gute Ergebnisse zu produzieren und schlechte zu vermeiden. Bei fast jeder derzeitigen menschlichen Unternehmung stoßen wir auf riesige Unsicherheiten, die unsere Versuche behindern, die Auswirkungen unseres Verhaltens auf das

einen Anderen ungerecht zu behandeln, wenn die Beiden keinen gegenseitigen Kontakt pflegen oder physisch interagieren. Allgemeiner ausgedrückt kommt es zu folgender Argumentation:

Das Nicht-Gegenseitigkeitsargument (NGA)

GP1: Ansprüche auf Gerechtigkeit sind nur denjenigen geschuldet, die mit uns in einem Gegenseitigkeitsverhältnis stehen.

GP2: Gegenseitigkeit besteht lediglich zwischen Menschen, die auf ihre gegenseitigen Interessen einwirken können.

GP3: Es ist nicht möglich, auf die Interessen derjenigen einzuwirken, die früheren Generationen angehörten.

GPE: Sozialpolitik, die das Wohlergehen zukünftiger Menschen bedroht, ist nicht ungerecht.

Was kann man zu dieser Argumentation sagen? Erstens ist GP1 sehr umstritten, wahrscheinlich noch umstrittener als das Konzept der Generationengerechtigkeit, welchem es zu widersprechen scheint. Zum Beispiel bestreiten viele Autoren in liberal-egalitärer Tradition schlicht, dass Gegenseitigkeit überhaupt in Verbindung zu Gerechtigkeit stehe. Für sie ist Gerechtigkeit ‚subjekt-zentriert‘ in dem Sinne, dass ‚grundlegende Rechte auf Ressourcen nicht auf der strategischen Kapazität des Einzelnen beruhen, sondern eher auf anderen Eigenschaften des Individuums selbst‘.⁴ Zweitens führen selbst diejenigen, die der auf Gegenseitigkeit basierenden Gerechtigkeit zugeneigt sind, an, dass ein Fehlen von Gegenseitigkeit seitens eines Akteurs die Forderungen nach Gerechtigkeit nur im Rahmen positiver, nicht aber negativer Verpflichtungen begrenze.⁵ Wir mögen zwar nicht verpflichtet sein, Ressourcen an Personen abzutreten, die in keinem Gegenseitigkeitsverhältnis stehen, damit ihnen gesellschaftlicher Wohlstand im vollen Umfang zuteil wird. Es wäre uns aber auch nicht erlaubt, sie zu verletzen oder gar zu töten. Also ist die erste Voraussetzung des NGA unvollständig, wenn nicht sogar falsch, sogar im eigentlichen Sinne. Drittens scheint das gesamte NGA Gegenseitigkeit auf direkte, gegenseitige Interaktion zu begrenzen, wodurch es ein Verständnis von Gerechtigkeit als ‚eigennützige Gegenseitigkeit‘ fördert. Auf diese Weise vernachlässigt es eine scharfsinnigere Form der Gegenseitigkeit, die auf dem Gedanken beruht, dass gegenseitige Pflichten erfüllt werden, sowohl durch Vorteilsgewährungen für diejenigen, die Opfer für uns gebracht haben, als auch für Mittelspersonen, bei denen das Fehlen eines direkten Kontaktes den direkten Vorteilsausgleich unmöglich macht. Dieser Ansatz von ‚Gerechtigkeit als faire Gegenseitigkeit‘ ermöglicht Zeitgenossen nicht nur eine differenziertere und unmittelbarere Perspektive als sein eigennütziges Gegenstück, sondern

bereitet auch den Weg zu einer scharfsinnigeren Theorie der Generationengerechtigkeit. Hier gibt es zwei Hauptmöglichkeiten, die beide ihre Vorzüge haben. Zusammengefasst zeigen sie, dass das NGA keine ernsthafte Bedrohung für Generationengerechtigkeit darstellt.⁶ Nach der ‚Sorgenkette‘-Theorie sind GP2 und GP3 mit der Beanstandung angreifbar, dass menschliche Wesen eine sentimentale Besorgnis um ihre nächsten Nachkommen teilen. Dies hat zum Ergebnis, dass es für sie vernünftig ist, das Wohlergehen der nächsten Generation als öffentliches Gut und dessen grundlegende Bestandteile (saubere Luft und Wasser, Eigentum und Wohlstand, ein bewohnbarer Lebensraum) als notwendige, zu erhaltende Elemente zu betrachten. Die nahezu allgemeine Gültigkeit dieser sentimentalen Sorge bedeutet, dass jede Person dieser und jeder nachfolgenden Generation dazu verpflichtet ist, einen angemessenen Anteil zu solchen Aktivitäten, die den Bedürfnissen der nachfolgenden Generation dienen, beizutragen. Es gibt jedoch einige Schwachstellen innerhalb der ‚Sorgenkette‘-Theorie, wie zum Beispiel folgende: Was soll mit Kinderlosen getan werden? Oder wie soll man handeln, um die Risiken unserer Handlungen für Generationen in ferner Zukunft zu reduzieren? Und doch steckt in dem Ansatz eine unmittelbare moralische Betrachtungsweise dessen, was viele Eltern in ihrem alltäglichen Leben schon jetzt für selbstverständlich halten. Der ‚Stewardship‘-Theorie zufolge wurden viele der Vorteile, die die Menschheit heute genießt, von vorangegangenen Menschen mit dem Ziel eingeführt, sie unbegrenzt oder für einen bestimmten Zeitraum zu erhalten. Obwohl die bezweckten Empfänger dieser Vorteile nicht immer genauer bestimmbar sind, wurden diese Vorteile dennoch für jemanden vorgesehen. Demzufolge entspricht die Verpflichtung, diese Vorteile an zukünftige Personen weiterzugeben, der Verpflichtung, die von unbekannten Zeitgenossen empfangenen Leistungen zu erwidern. Dem nicht nachzukommen wäre eine Verletzung der ‚moralischen Ansprüche auf Gegenseitigkeit‘.⁷

Was sollen wir mit diesem Argument anfangen? Ein erwähnenswerter Punkt ist, dass sich die Art der Verpflichtung ganz und gar

umfassend zu sein, da alle drei Zeiten im Spiel sind. Die Rückwärtsgerichtetheit der Verpflichtungen bringt andererseits mit sich, dass der Schutz des Lebensraums und der menschlichen Zivilisation der Gnade von Vorteilen unterliegt, die (i) uns in vielen Fällen unbeabsichtigt vererbt wurden (ii) von den Verstorbenen und (iii) die wir im Einvernehmen unmöglich hätten bekommen können. An anderer Stelle habe ich ausgeführt, dass eine passende weite Auslegung des Prinzips fairer Gegenseitigkeit die Probleme unbeabsichtigter Vorsorge und unfreiwilligen Empfangs geschickt umgehen könnte, so dass die Debatte über die intergenerationellen Grenzen von Gegenseitigkeit weitergeht.⁸ Zweierlei sollte dabei bedacht werden. Erstens: Selbst wenn Gegenseitigkeit ein Teil von Gerechtigkeit ist, bedeutet der schrittweise, zeitabhängige Rückgang gegenseitiger Beziehungen nicht, dass wir einfach die Folgen unserer Handlungen auf zukünftiges Wohlergehen ignorieren können, wie Addison scherzte. Zweitens: Da so viele Theoretiker bestreiten, dass Gegenseitigkeit einen Einfluss auf Lasten- und Vorteilsverteilung besitzt, gibt es Anlass, mit der dritten und letzten Hürde für Generationengerechtigkeit fortzufahren.

Den Verfechtern der *Nicht-Identitäts-Theorie* zufolge besteht das Problem des GgA darin, dass seine erste Voraussetzung in zahlreichen Fällen offensichtlich falsch sei, da die auftretenden Ausbeutungshandlungen und -politiken, die anscheinend das Wohlergehen zukünftiger Menschen bedrohen, zugleich eine notwendige Bedingung der Existenz dieser Menschen darstellen würden. Folglich könne nicht überzeugend behauptet werden, dass jedwede Handlung oder Politik ungerecht sei, die zukünftige Menschen verletze bzw. verletzen werde.⁹ Um dies etwas deutlicher zu machen: Stellen Sie sich vor, wir hätten die Auswahl zwischen gegensätzlichen Politikansätzen bezüglich globaler und generationeller Bedrohungen, die durch den anthropogenen Klimawandel verursacht werden. Das Szenario ist hypothetisch, bezieht sich aber bis zu einem gewissen Grade auf neue Debatten, die sich um den Nachfolger des Kyoto-Protokolls nach dem Jahre 2012 drehen. Der erste Ansatz, den wir *Kyoto Light* nennen können, sieht freiwillige Ziele hin-

„Wir tun“, sagt er, „immer etwas für die Nachwelt; gern würde ich sehen, dass die Nachwelt einmal für uns etwas tut.“
/ Addison 1968: 592. /

von der des vorherigen Ansatzes unterscheidet, indem hier gegenwärtige Menschen ihre Schuld gegenüber vergangenen Menschen dadurch tilgen, dass sie zukünftigen Personen Vorteile verschaffen. Einerseits hat dieser Ansatz den Vorzug, tatsächlich zeitlich

sichtlich der Kohlenstoffemissionen vor, die auf dem Verhältnis zwischen den nationalen Kohlenstoffemissionen und den Wirtschaftsleistungen basieren sollen. Der Gedanke dahinter ist, dass Staaten den Kohlenstoffausstoß ihrer Wirtschaft zurückfahren wür-

den, aber nicht gezwungen wären, ihre Gesamtemissionen als solche zu reduzieren. Die vorhersehbare Folge von *Kyoto Light* wäre, dass der Klimawandel rasant weitergehen würde. Der zweite Ansatz, *Minderung und Konzentration*, gesteht jedem gegenwärtigen und zukünftigen Menschen einen gleichen Anteil an atmosphärischen Senken zu, egal wann oder wo er lebt. Dieser Ansatz würde ein globales Höchstmaß für Treibhausgasemissionen etablieren. Dieses Höchstmaß würde auf der Basis berechnet werden, welche Menge an Kohlenstoff die globale Umwelt bewältigen kann, ohne gefährlichen klimatischen Auswirkungen ausgesetzt zu sein. Somit würde jedem Land ein jährlicher Kohlenstoffemissionshaushalt gewährt, damit die globale Höchstgrenze nicht überschritten wird. Das Ergebnis wäre vorhersehbar: Nach etwa einem Jahrhundert hätten viel mehr später lebende Menschen eine schlechtere Lebensqualität, wenn man die Option *Kyoto Light* ergreift, als wenn man sich für die *Minderung und Konzentration* entscheidet. Das nun folgende Argument legt nahe, dass wir uns nicht glaubhaft auf die Rechte oder Interessen zukünftiger Menschen berufen können, um zu verdeutlichen, was falsch daran wäre, *Kyoto Light* der *Minderung und Konzentration* vorzuziehen:

Das Nicht-Identitäts-Argument (NIA)

NP1: Wenn eine bestimmte Person nicht dann gezeugt worden wäre, als sie gezeugt wurde, hätte sie niemals existiert.

NP2: Sozialpolitik ist nur dann ungerecht, wenn sie einem bestimmten Menschen schadet.

NP3: Sozialpolitik schadet einem bestimmten Menschen nur dann, wenn sie ihn schlechter stellt, als es ihm sonst gegangen wäre.

NP4: Sowohl der Einsatz von *Kyoto Light* als auch der *Minderung und Konzentration* wäre eine entfernte, aber notwendige Bedingung für die zukünftige Existenz zweier ganz verschiedener Sorten von Individuen.

NPC: Es wäre zukünftigen Generationen gegenüber nicht ungerecht, *Kyoto Light* umzusetzen.¹⁰

Wie können wir das Nicht-Identitäts-Argument entkräften? Nun, zunächst muss man erkennen, dass es in einer ganzen Reihe von Fällen nicht entkräftet werden muss. Das Argument hat Grenzen, welche seine Relevanz in den Augen der Anhänger der Generationengerechtigkeit infrage stellen. Erstens berührt das Argument nicht unsere Verpflichtungen gegenüber noch ungeborenen Menschen, solange die Auswahl der betrachteten politischen Maßnahmen nicht die Identität dieser Menschen berührt. Zweitens lässt das Argument offen, was geschehen soll, wenn die Politik voraussichtlich viele Menschen unter die Schwelle eines ‚nicht lebenswerten Leben‘ (wie auch immer

Es könnte helfen, einmal über diese Frage nachzudenken: Wie viele von uns könnten zurecht behaupten, dass sie, auch wenn Eisenbahn und Autos nie erfunden worden wären, trotzdem geboren worden wären?

/ Parfit 1984: 361. /

definiert) rutschen lässt. Drittens besitzt das Argument überhaupt keine Relevanz für solche Theorien der Generationengerechtigkeit, die darauf abzielen, wertvolle Ergebnisse zu erzielen, unabhängig davon, wie es bestimmten Menschen unter verschiedenen Politikformen ergeht. Somit wird das Argument nur gegen personenbezogene Gerechtigkeits-theorien hervorgebracht, wie zum Beispiel solche, die sich auf die Rechte bestimmter zukünftiger Bürger einer ökologisch beschädigten Welt berufen. Trotz solcher Eingrenzungen stellt das Nicht-Identitäts-Argument noch immer eine grundlegende Herausforderung für jeden dar, dessen Moralvorstellungen sich um die Rechte und Interessen bestimmter Personen drehen. Aus Platzgründen erwähne ich an dieser Stelle nur drei mögliche Lösungen, die sich auf die Begriffe *spezifische Interessen*, *hypothetische Schädigung* und *kollektive Interessen* stützen. Dem von James Woodward angeführten Ansatz zufolge ist es aufschlussreich, zwischen generellen und spezifischen Interessen zu unterscheiden. Die generellen Interessen einer Person bestünden darin, ein alles in allem hohes Maß an Wohlergehen aufrechtzuerhalten. Die spezifischen Interessen einer Person (wie etwa persönliche Unversehrtheit, Vermeidung physischen Leids oder mit Respekt behandelt zu werden) ließen sich nicht auf ein „Alles-in-allem“- oder allgemeines Niveau von Wohlergehen reduzieren. Im Wesentlichen besteht Woodwards Theorie darin, dass eine *Kyoto-Light*-Politik die spezifischen Interessen zukünftiger Menschen bedrohe (ihre moralische Unversehrtheit, ihr Selbstwertgefühl und ihr Recht, nicht in eine ökologisch zerstörte Umwelt hineingeboren zu werden), auch wenn von einer solchen Politik wahrscheinlich nicht behauptet werden könne, dass sie die Menschen schlechter stellen würde, als es ihnen sonst ergangen wäre.¹¹ Es gibt jedoch ein Problem bei Woodwards Ansatz: Sofern wir mit Genauigkeit voraussagen können, dass später lebende Menschen ein insgesamt halbwegs ordentliches Leben führen werden, könnten wir es, wenn wir uns für *Kyoto Light* entscheiden, für vernünftig halten, dass sie auf ihr vermeintliches Recht, mit nicht beeinträchtigten spezifischen Rechten auf die Welt zu kommen, verzichten müssten. Die Begründung dafür mag sein, dass ein lebenswertes Leben, auch wenn es vor dem Hintergrund ökologischer Beeinträchtigung geführt werde, nichtsdestotrotz lebenswert bleibe und die Verletzung einiger spezifischer Rechte seiner Inhaber wert sei.¹² Somit liegt der Verdacht nahe, dass, selbst wenn die spezifischen Interessen einiger zukünftiger Menschen eine

gewisse Rolle bei unserem intergenerationalen Theoretisieren spielen würden, sie wahrscheinlich dennoch keine vollständige Antwort auf das NIA zu geben vermögen.

Dem von Lukas Meyer angeführten Ansatz zufolge solle die Voraussetzung NP3 abgelehnt werden, da sie nur mit einer der beiden Arten, auf denen zukünftigen Menschen geschadet werden könnte, vereinbar sei. Das bedeute, dass NP3 den Schaden im *hypothetisch-historischen* Sinne voraussetze, wonach eine Handlung einem Menschen schade, indem es diesem dadurch schlechter gehe, als es ihm gegangen wäre, wäre die Handlung nicht vorgenommen worden. Allerdings vernachlässige NP3 die Schwellenwertkonzeption des Schadens, wonach eine Handlung einem Menschen schade, wenn sie ihn unter einen gewissen (nicht beliebigen) Schwellenwert fallen lasse.¹³ Der Generationengerechtigkeitsansatz, den Meyer bevorzugt, ist folgender: „Eine Handlung schadet einem [zukünftigen] Menschen, wenn sie auf vorhersehbare und vermeidbare Weise verursacht, dass sein Leben unter einen Standard fällt, *oder* den unvermeidlichen Schaden nicht minimiert, *oder* es ihm schlechter geht, als es sonst der Fall gewesen wäre.“ Dies nennt er die ‚kombinierte Sichtweise‘.¹⁴ Meiner Meinung nach *überlistet* Meyers ansonsten genialer Ansatz eher das Nicht-Identitäts-Argument, als dass er es lösen würde. Einerseits setzt die ‚kombinierte Sichtweise‘ ganz klar eine nicht erläuterte Verteilungstheorie voraus, die den Einsatz der zwei Arten von Schaden erwirken kann und die erklären kann, was passiert, wenn die zwei Arten unterschiedliche Politikbewertungen unterstützen, und wie wir den Begriff ‚Leben unterhalb eines Standards‘ messbar machen können. Andere Probleme entstehen durch den Umstand, dass Meyer kein Argument für seine Zweiteilung des Begriffs ‚Schädigung‘ liefert, außer dass sie die Nicht-Identitäts-Problematik löse. Dies ist deshalb ein Problem, weil das hypothetisch-historische Kriterium, obwohl es in seiner intergenerationalen Anwendung entsteht ist, für viele als Verständnis von Schaden weit einleuchtender und nachvollziehbarer ist als die Schwellenwertkonzeption. Schließlich nun zu meinem eigenen Versuch, das Nicht-Identitäts-Rätsel aus einer umfassend personenbezogenen Perspektive zu lösen. Dieser soll die Vorzüge einer Verschiebung hin zu einem gruppenorientierten moralischen Denken einbeziehen, damit behauptet werden kann, dass etwa die Voraussetzung NP2 des Nicht-Identitäts-Arguments falsch ist und eigentlich lauten sollte: ‚Sozialpolitik kann nur dann falsch sein, wenn sie einem bestimmten

Gerechtigkeit und intergenerationelle Verbindlichkeiten

von Prof. Clark Wolf

(Übersetzung: Felix Stahlmann)

Abstract: Viele unserer Pflichten gegenüber zukünftigen Generationen können verstanden werden als intergenerationelle Begünstigungen und Verbindlichkeiten, die wir weitergeben. Dieser Beitrag argumentiert, dass wir über Umweltverbindlichkeiten in der gleichen Weise sinnieren können wie über finanzielle Verbindlichkeiten, und dass dies uns helfen wird, unsere wichtigsten Verpflichtungen innerhalb des Konzeptes der Generationengerechtigkeit zu verstehen.

Mein Großvater schrieb in dem oben angegebenen Zitat, dass niemand eine Welt für seine Enkel erschaffen könne. Er argumentierte, dass unsere gegenwärtigen Vorstellungen von dem, was gut für unsere entfernte Nachkommenschaft sein soll, durch die Beschränkung auf unsere Zeit und unser Wissen eingengt seien. Spätere Generationen hätten abweichende Geschmäcker und abweichende Vorstellungen, und wir könnten hoffen, dass sie Wissen über Dinge haben werden, die wir uns nicht vorstellen können. Dementsprechend sei der Versuch des "Erschaffens

„Jeder, der mit der verkrüppelten Erscheinung einer Utopie 50 Jahre nach dem Tod ihres Verfassers vertraut ist, weiß, dass niemand eine Welt für seine Enkel erschaffen kann.“

/ John B. Wolf 1952: 1. /

einer Welt“, in der sie leben werden, eher dazu geneigt, ihren Leben unangemessene Grenzen aufzubürden als sie zu befreien. Dennoch, unsere gegenwärtigen Entscheidungen können die Auswahl an Möglichkeiten erweitern, die unseren Nachkommen zur Verfügung stehen werden. Durch Friedenssicherung, durch die Ausdehnung der Reichweite der Demokratie und des Schutzes von Rechten machen wir es wahrscheinlicher, dass ihre Leben sicher sein werden. Durch die Ausweitung des Wissens und das Fördern adäquater Technologien könnten wir sie mit Möglichkeiten ausstatten, die wir uns nicht einmal vorstellen können. Unsere gegenwärtigen Entscheidungen können Möglichkeiten allerdings auch beschränken, und es gibt wachsenden Grund zur Besorgnis, dass unsere Lebensgewohnheiten ernsthafte Nöte in der Zukunft hervorrufen könnten. Mein Vorschlag in diesem Artikel ist, dass wir wichtige Teile dieses Problems als Angelegenheiten intergenerationeller Schulden und Ersparnisse verstehen sollten, und dass wir viele unserer wichtigsten Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen durch die Anwendung eines einfachen ökonomi-

schen Modells erklären können. Während nur einige Verpflichtungen, die wir eingehen, finanzieller Art sind, bietet das einfache Modell der Einsparung und Aufwendung einen essentiellen Einblick in die Struktur unserer Verpflichtungen gegenüber der Zukunft.

Nationale Schulden als Problem der Generationengerechtigkeit

An dieser Stelle muss mit dem sehr praktischen Problem intergenerationeller Finanzverbindlichkeiten angefangen werden. Zur Zeit des Verfassens dieses Beitrags beträgt die gegenwärtige amerikanische Schuldenlast 9.205.850.342.267,07 US-Dollar. Diese verblüffende Zahl muss relativiert werden: Es sind ungefähr 67% des Bruttoinlandsprodukts der USA. Schätzt man die Bevölkerung der USA auf 304.223.926 Einwohner, entspricht dies einer durchschnittlichen individuellen Schuldenlast von 30.260,11 USD pro Einwohner. Allerdings steigt die amerikanische Schuldenlast jeden Tag um ungefähr 1,43 Milliarden Dollar, so dass sich der Pro-Kopf-

Schuldenanteil regelmäßig verändert. Präsident Bush hat für 2008 einen Haushalt von ca. \$3 Billionen USD aufgestellt, was wiederum bedeutet, dass wir dieses Jahr ungefähr 240 Milliarden Dollar zu der Schuldenlast addieren müssen, sogar dann wenn keine zusätzlichen Ausgaben anstehen würden. Natürlich überschreiten die USA typischerweise den geplanten Haushalt mit einem signifikanten Betrag, so dass dieser Wert der wahrscheinlichen Rate nicht gerecht wird, um die die amerikanische Schuldenlast in 2008 wirklich steigt. Was erstet Amerika mit dieser gewaltigen Menge an geliehenem Geld? Der Anteil, der für die Kriege im Irak und in Afghanistan und für andere mit Präsident Bush's „War on Terror“ verknüpften Kosten aufgewendet wird, erregt viel öffentliche Frustration. Die mit diesen Kriegen in Verbindung stehenden Kosten erscheinen in keinem einzigen Posten offizieller Kalkulationsblätter – zumindest in keinem Schriftstück, das ich finden konnte. Die Kosten wurden unter verschiedenen Überschriften im Haushaltsplan fein säuberlich aufgeteilt, so dass es schwer einzuschätzen ist, wie viel wir wirklich für das gegenwärtige militärische

Abenteuer ausgeben. Aber während wir uns damit befassen sollten, was mit diesem Darlehen erworben wird, ist es mindestens genauso wichtig zu fragen, wer es möglicherweise zurückzahlen wird. Kredite werden fällig, und eine stetig wachsende Schuldenlast kann nicht für immer aufrecht erhalten werden. Ältere Amerikaner könnten sich mit dem Gedanken anfreunden, dass diese Verbindlichkeiten in unserer Lebenszeit sehr wahrscheinlich nicht mehr abbezahlt werden. Aber genauso wie individuelle Schulden es für die Leute möglicherweise schwieriger machen, Dinge zu kaufen, die sie wollen und brauchen, so können nationale Schulden die nationale Fähigkeit einschränken, wichtige soziale Ziele zu erreichen.

Jefferson und Madison über intergenerationelle Schulden

Thomas Jefferson war zutiefst besorgt über die Möglichkeit, dass die Entscheidungen einer Generation im Stande sein könnten, spätere Generationen zu binden und zu behindern. Seine Besorgnis war in gewisser Weise mit seinem Interesse an der amerikanischen Verfassung verknüpft. Er sprach sich dafür aus, dass das Dokument alle neunzehn Jahre erneut aufgesetzt werden müsse, damit es den sich fortentwickelnden Konsens jeder neuen Generation widerspiegelt, so wie er zustande kommt. Neunzehn Jahre seien ein angemessenes Intervall, argumentierte Jefferson, da es nach der Geburten- und Sterberate die Zeit sei, nach der eine neue Mehrheit entstehe. Aber Jefferson war auch beunruhigt über intergenerationelle Schulden. Er befürchtete, dass eine verschwenderische Generation die Zukunft der Nation ‚verpfänden‘ könnte durch das Eingehen von enorm hohen Darlehen, durch das verantwortungslose Ausgeben des so erhaltenen Geldes und durch das Übertragen der Rückzahlungspflicht auf spätere Generationen. Er drängte auf eine gesetzliche Festlegung, dass öffentliche Schulden von derjenigen Generation getilgt werden, die sie aufgenommen hat, um somit der Regierung eine „solide und nützliche“ Diszipliniertheit aufzuerlegen. Es ist insbesondere interessant, dass er dachte, dass diese finanzbezogene Diszipliniertheit ruinösen Konflikten und Kriegen entgegen stehen würde, da die Kriegskosten dann von denjenigen zu tragen wären, die die Nation in den Krieg führten. Es ist viel einfacher auf Krieg zu drängen, wenn die Kosten eines Konflikts auf eine spätere Regierung, sprich letzten Endes auf die jüngere Generation, übertragen werden können.

Jeffersons Aussage "Die Erde gehört im Nießbrauch der lebenden Generation"¹ wird oft als Beleg angeführt, dass wir de facto treuhänderisch die Ressourcen für spätere Generationen verwalten. Sicherlich ist dies Teil der Jeffersonschen Wortbedeutung: Nießbrauchrechte sind Verwaltungs- bzw. Nutzungsrechte. Aber für Jefferson war es auch wichtig, dass wir als Verwalter bzw. Treuhänder vermeiden müssen, die Kosten unse-

rer gegenwärtigen Aktivitäten an zukünftige Generationen weiter zu geben. Wenn spätere Generationen die Kosten der Verbindlichkeiten übernehmen müssen, so müssen ihnen auch die Vorteile, zu deren Zwecke diese Schulden eingegangen wurden, zufallen. Sonst würden sie von der vorherigen Generation ungerecht behandelt. So wenigstens war Jeffersons Argument. James Madison's Antwort auf Jefferson war

bedacht und gemäßigt. Er mahnte, dass das stetige Neu-Aufsetzen der Verfassung in regelmäßigen Intervallen zu viel Instabilität mit sich bringen würde, und dass der Prozess „schädliche Fraktionen erzeugen könne, die wohl auf andere Weise nicht in Erscheinung getreten wären, und die das öffentliche Gemüt häufiger und gewaltsamer in Aufruhr zu versetzen vermögen als dies zweckdienlich wäre.“² Jeffersons Nießbrauch-Prinzip anerkennend hielt Madison es für zulässig, dass die gegenwärtige Generation *Verbesserungen* durchführt, die spätere Generationen besser stellen als ihre Vorgängerinnen. Diese Verbesserungen, drängte er, würden die Basis einer Verpflichtung von dem konstituieren, was die Lebenden den Toten schulden und was am besten ‚abgezahlt‘ werden könne durch „Befolgung des Willens der Urheber der Verbesserungen.“³ Hinsichtlich des Problems der Geldschulden bemerkt Madison, dass einige Verpflichtungen "hauptsächlich zum Vorteil der Nachwelt" eingegangen würden. In solchen Fällen sah er keinen Grund, warum die Schulden nicht zusammen mit den Vorteilen übertragen werden sollten, (auch) falls sie nicht getilgt werden könnten, bevor die neue Generation entstehe. Madison lobte Jeffersons Argument als geistreich und mahnte, es solle stets "im Auge behalten werden als eine nützliche Beschränkung der *ungerechten und unnötigen* Belastungen für die Nachfolgerschaft durch die lebende Generation."⁴ Obwohl er gegen gesetzliche Regelungen, die die Übernahme intergenerationaler Schulden verbieten, argumentierte, teilte Madison ganz offensichtlich Jeffersons Ansicht, es sei ungerecht, dass gegenwärtige Generationen ihre Schuldenlast an ihre Nachkommenschaft weiter geben, *ausgenommen dass* diese Bürde gänzlich kompensiert werde.

Intergenerationelle Schulden, Nachhaltigkeit, und das „Hicks'sche Einkommen“

Typischerweise häufen Schulden im Laufe der Zeit Zinsen an. Aber wenn wir ein Darlehen aufnehmen und es gleich ausgeben, schultern wir nicht nur die Zinslast, sondern die Gesellschaft verzichtet zugleich auf die Vorteile, die sie in der Zukunft hätte gewinnen können, wenn sie heute investiert hätte. Genau wie die Aufnahme eines Darlehens die Konsumtion von der Zukunft in die Gegenwart verlagert, so können Investitionen sie von der Gegenwart in die Zukunft verlagern. Sir John Hicks beschrieb diese Dynamik vor langer Zeit, und die sich daraus ergebende Einstellung gegenüber Sparen und Konsumieren wurde bekannt als das Hicks'sche Einkommen: "Es ist der Sinn und Zweck von Einkommenskalkulationen in praktischen Angelegenheiten, den Leuten einen Indikator für diejenige Summe zu verschaffen, die sie konsumieren können, ohne sich selbst arm zu machen. Befolgt man dieses Konzept, so scheint es angebracht, das wöchentliche

.....

Lieferbare Bücher und Zeitschriften der SRzG

- ● Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.) (2008):
● Wahlrecht ohne Altersgrenze? Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische
● und entwicklungspsychologische Aspekte. München: oekom Verlag. **39.90 €**
- ● Tremmel, Jörg (Hrsg.) (2008): Demographic Change and
● Intergenerational Justice. The Implementation of Long-Term Thinking
● in the Political Decision Making Process. Berlin: Springer Verlag. **79.95 €**
- ● Tremmel, Jörg (Hrsg.) (2007): Handbook of Intergenerational Justice.
● Cheltenham: Edward Elgar. **50 €**
- ● Tremmel, Jörg / Ulshöfer, Gotlind (Hrsg.) (2005): Unternehmensleitbild
● Generationengerechtigkeit. Theorie und Praxis. Frankfurt: IKO Verlag. **25 €**
- ● Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.) (2003):
● Handbuch Generationengerechtigkeit. München: oekom Verlag. **25 €**
- ● Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.) (1999): Was
● bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den
● Holocaust (mit einem Vorwort von Roman Herzog).
● Berlin: Ch.Links Verlag. **20 €**
- ● Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.) (1998):
● Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen.
● Freiburg: Kore Verlag. **10 €**
- ● Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.) (1997):
● Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt. Hamburg:
● Rasch und Röhring Verlag. **10 €**
- Ausgaben der Zeitschrift Generationengerechtigkeit
● Folgende bisher erschienene Ausgaben können Sie bei der SRzG beziehen:
- ● Was ist Gerechtigkeit? Was ist Generationengerechtigkeit? (Jg. 7, Heft 4)
- ● Wege zu mehr Kindern in Deutschland (Jg. 7 Heft 3)
- ● Gesellschaftliche Generationen am Beispiel der 89er-Generation (Jg. 7 Heft 2)
- ● Nachhaltige Entwicklung in Spanien – dt.-span. Ausgabe (Jg. 7 Heft 1)
- ● Erneuerbare Energien – 2. dt.-franz. Ausgabe (Jg. 6 Heft 4)
- ● Wahlrecht von Geburt an (Jg. 6 Heft 3)
- ● Generationendialog (Jg. 6 Heft 2)
- ● Einwände gegen Generationengerechtigkeit – 1. dt.-franz. Ausgabe (Jg. 6 Heft 1)
- ● Institutionalisation of Intergenerational Justice - 3rd Engl. Ed. (Jg. 5 Heft 3)
- ● Partizipation und Kinderwahlrecht (Jg. 5 Heft 2)
- ● Unternehmensleitbild Generationengerechtigkeit (Jg. 5 Heft 1)
- ● Einführung in die Generationengerechtigkeit – dt.-poln. Ausgabe (Jg. 4 Heft 4)
- ● Generationenbeziehungen und Bildung (Jg. 4 Heft 3)
- ● Justice, Ethics, Ecology - 2nd Engl. Ed. (Jg. 4 Heft 2)
- ● Generationengerechtigkeit und Bevölkerungspolitik (Jg. 4 Heft 1)
- ● Generationengerechtigkeit und Familienpolitik (Jg. 3 Heft 3)
- ● Unternehmen und Generationengerechtigkeit (Jg. 3 Heft 2)
- ● Generationengerechtigkeit oder Nachhaltigkeit (Jg. 3 Heft 1)
- ● What is Generational Justice? - 1st Engl. Ed. (Jg. 2 Heft 3))
- ● Ressourcenproduktivität (Jg. 2, Heft 2)
- ● Finanzielle Generationengerechtigkeit (Jg. 2, Heft 1)
- **Einzelpreis je Heft: 10 € - Abopreis: 25 € jährlich**
- ● DVD über die SRzG

.....

Einkommen eines Einzelnen als den maximalen Wert zu definieren, den er während einer Woche konsumieren kann, wobei immer noch zu erwarten bleibt, dass er am Ende der Woche genau so gut gestellt ist wie am Wochenanfang. Folglich plant eine Person sich besser zu stellen, wenn sie spart; sie plant sich schlechter zu stellen, wenn sie über ihre (Einkommens-) Verhältnisse hinaus lebt. Wenn man sich daran erinnert, dass der praktische Sinn und Zweck des Einkommens ist, als Richtwert für umsichtiges Verhalten zu dienen, glaube ich, dass es ziemlich klar ist, dass dies die zentrale Bedeutung sein muss.“⁵ Das Hicks'sche Einkommen einer Person kann als diejenige Summe angesehen werden, die er oder sie nachhaltig konsumieren kann, oder alternativ als diejenige, die er oder sie konsumieren kann ohne Schulden oder Kredite anzuhäufen. Wenn wir nach der Hicks'schen Einkommensrate konsumieren, erhalten wir den Basiskapitalbestand aufrecht, so dass wir über die Zeit hinweg weder ärmer noch reicher werden. Selbstverständlich variieren die Bedürfnisse der Menschen in verschiedenen Lebensabschnitten, so dass normalerweise nicht einmal der umsichtigste Mensch nach der Hicks'schen Einkommensrate konsumiert. Zum Beispiel kann man sich dafür entscheiden, im Vorgriff auf die Bedürfnisse im Alter in jüngeren Jahren weniger zu konsumieren. Wenn junge Menschen sich dazu entschließen in einer Lehranstalt zu bleiben anstatt früher in die Arbeitswelt einzusteigen, 'sparen' sie in einem gewissen Sinne, da sie auf gegenwärtiges Einkommen und gegenwärtigen Konsum verzichten, um Personalkapital aufzubauen, damit sie in der Lage sein werden, im Laufe ihres Lebens mehr Geld zu verdienen. Eine Art sorgloser Unachtsamkeit zeigt sich beispielhaft an einer Person, die es – den Kapitalbestand frühzeitig aufbrauchend – versäumt, im Laufe der Zeit angemessen zu sparen. Diejenigen, die bereits früh im Leben durch einen großen Bestand an Kapital begünstigt sind, mögen, wenn sie sich so verhalten, nicht unvorsichtig genannt werden können, solange das Grundkapital, das sie haben, groß genug ist, damit es nicht im Laufe des Lebens aufgebracht wird. Aber diejenigen, die Kapital auf diese Art und Weise aufbrauchen, verbrauchen Ressourcen, die später nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Verschwenderrische Erben bereiten ihrer Nachkommenschaft kein positives Schicksal, weil sie im schnelleren Maße konsumieren als es ihr das Hicks'sche Einkommensmodell erlauben würde. Als Einzelpersonen planen wir normalerweise unsere Spar- und Konsumtionsrate im Hinblick auf bestimmte Veränderungen im Lebenszyklus, die wir zu durchleben erwarten. Aber als *Nationen* oder als *globale Gesellschaften* können wir für einen längeren Zeithorizont planen. Eine Nation, die über die anhand des Hicks'sche Einkommensmodells zur Verfügung stehenden Mittel lebt, verbraucht ihre Haupt-

ressourcen und lässt spätere Generationen verarmen. Und eine globale Gemeinschaft, die sich auf die gleiche Art und Weise verhält, wird die menschliche Erdbevölkerung verarmen lassen. Genauso wie Individuen verschiedene Bedürfnisse auf variierenden Ebenen ihres Lebenszyklus einplanen müssen, müssen Nationen und globale Gemeinschaften Konsumtion und Ersparnisse planen, um den zu erwartenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Im Falle von Nationen und globalen Gemeinschaften werden wechselnde Bedürfnisse jedoch nicht durch natürliche Lebenszyklen sondern durch die sich verändernde Größe und Zusammensetzung unserer Population hervorgerufen. Populationen mit verschiedenen Alterszusammensetzungen sind jeweils ganz anders in der Lage, auf ihre eigenen Bedürfnisse einzugehen. Um für eine größere Population mit mehr Menschen, dessen Bedürfnisse gedeckt werden müssen, zu pla-

nur mit Schulden. Diese Vorteile stellen zumindest eine Teilkompensation der durch die Schulden repräsentierten Nachteile dar, die wir weiter reichen. Es ist allerdings für uns angemessen zu erfragen, ob unsere großartigen Neuerungen als eine effektive und angebrachte Kompensation für die Lasten, die wir hinter uns lassen, bezeichnet werden können. Natürlich sprechen Jefferson und Madison nicht spezifisch vom Hicks'schen Einkommen. Aber sie beide drücken ihre Besorgnis darüber aus, dass eine verschwenderrische Regierung nachfolgenden Generationen unverhältnismäßige Schulden 'überstülpen' kann. Und sowohl bei Madison als auch bei Jefferson finden wir Unterstützung für die zu Grunde liegende Annahme, dass solche Schulden ungerecht sind, falls sie nicht gänzlich kompensiert werden. Um das Begehren solcher Ungerechtigkeiten zu vermeiden, müssen wir den späteren Generationen

“Wahrer Frieden ist nicht einfach die Abwesenheit von Spannungen: Es ist die Gegenwart von Gerechtigkeit.”
/ Martin Luther King, jr. /

nen, mag es erforderlich sein, sicherzustellen, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen vergrößert werden, damit sie ihre Bedürfnisse abdecken können. Wo Populationen wachsen und Bedürfnisse zunehmen, wird das Weitergeben desselben Grundstocks von einer Generation an die nächste nicht ausreichen. Falls wir wollen, dass die Mitglieder nachfolgender Generationen vollkommen adäquate Lebensbedingungen haben, mag eine *Vergrößerung* des Ressourcenbestandes, der ihnen zugänglich sein wird, notwendig sein. Selbstverständlich sind Menschen nicht nur Konsumenten. Wir können erwarten, dass jede Generation für die Gegebenheiten ihres eigenen ökonomischen Wohlstandes Vorsorge trifft. Anstatt sich auf das Zur-Verfügung-Stellen des ursprünglichen Ressourcenbestandes zu fokussieren, mag es für uns angebrachter sein, sicherzugehen, dass künftige Generationen Gegebenheiten genießen können, die es ihnen ermöglichen werden, den Grenzwert der Pro-Kopf-Produktivität aufrecht zu erhalten oder zu steigern, so dass sie sich selbst unterhalten können. Während zukünftige Produktivität nicht *nur* von der Verfügbarkeit von Ursprungskapitalbeständen abhängt, wird es uns der Fokus auf zukünftige Produktivität aber auch nicht erlauben, diese Bestände zu *ignorieren*. Er wird es uns auch nicht gestatten, die intergenerationelle Schuldenrate zu ignorieren: intergenerationelle Schulden können verstanden werden als eine Hemmung zukünftiger Produktivitätsmöglichkeiten. Dennoch, es wäre ein Fehler, über unser Vermächtnis für die Zukunft nur mit dem Begriff der Schulden, die wir ansammeln, zu sinnieren. Wir versorgen künftige Generationen mit Wissen und großartigen Neuerungen, nicht

produktive Ressourcen übergeben, die vollkommen ausreichend sind, um ihnen adäquate Chancen einzuräumen. Und falls unsere eigenen Chancen vollauf gesättigt wären, würden wir der Zukunft vielleicht noch mehr schulden.

Nicht-monetäre Verbindlichkeiten

Der Begriff des Hicks'schen Einkommens ist fest verbunden mit Jeffersons und Madisons Konzeption der ungerechten intergenerationellen Schulden: Wo eine Generation mehr als das Hicks'sche Einkommen konsumiert, dort gibt sie nicht kompensierte Nachteile an spätere Generationen weiter. Selbstverständlich ist die Kalkulation komplizierter als diese einfache Beschreibung vorzugeben scheint: Wir können den Blick nicht nur einfach auf steigende nationale Schulden richten – um zu wissen, ob eine Nation über ihre Mittel hinaus konsumiert, muss auf das gesamte ‚Paket‘ geschaut werden, welches an diejenigen weiter gegeben wird, die die Schulden erben. Ist z.B. ein steigendes Wirtschaftswachstum eine Kompensation für die Last? Wenn Wissen angehäuft wurde, können wir dies als adäquate Wiedergutmachung ansehen? Viele 'Kosten', die wir auf spätere Generationen übertragen, sind nicht monetär, aber sie haben genau die gleiche Struktur wie Geldschulden: Wenn unsere gegenwärtigen Verhaltensweisen die natürliche Umwelt beschädigen oder zerstören, geben wir eine Belastung weiter, die anhand der Rate bemessen werden kann, mit der die Umwelt sich von unseren Eingriffen erholen kann. Diese Genesungsrate wandelt sich zu einem Kostenmaß um, das wir weiter reichen, da zukünftige Generationen nicht nur auf ihre direkten Vorteile verzichten müssen, die sie hätten

genießen können, wenn wir intaktere Umweltressourcen übergeben hätten. Die Kosten des gegenwärtigen Umweltschadens beinhalten auch die Ausgaben, die sie tätigen müssen, um die Ressourcen wieder auf den Stand zu bringen, der vor unserer Schädigung bestand.

Nehmen wir zum Beispiel das Management der Hochseefischereien. Es schöpft die

logische Belastungen können auf exakt die gleiche Art und Weise modelliert werden, aber die Regenerationszeit kann wesentlich länger sein: Nach einigen Schätzungen fließt in Iowa jeden Tag ein Morgen (ca. 4047 Quadratmeter, Anm. d. Red.) Oberboden, also in etwa die Fläche einer großen Farm, den Mississippi runter. Der Oberboden regeneriert sich selbst, wenn das Land Iowas als Prärie zurück bleibt,

dest die Zinsen des Darlehens zahlen, welches wir durch die Abgabe von THGs in die Erdatmosphäre – mit einer Rate nicht höher als M – geerbt haben. Aus drei wichtigen Gründen ist dies im Falle des Klimas besonders schwierig: Erstens ist das Erdklima ein nachlaufender Indikator bezüglich der THG-Lasten. Das bedeutet, dass die Klimaauswirkungen gegenwärtiger und vergangener Emission noch nicht wahrzunehmen sind. Sogar wenn wir unsere THG-Produktion sofort einstellen würden, würden die globalen Veränderungen weiterhin stattfinden mit mehr oder weniger dem selben Verlauf und für lange Zeit – vielleicht 50-100 Jahre. Zweitens beeinflussen die durch den Klimawandel hervorgerufenen klimatischen Veränderungen wahrscheinlich sowohl die weltweite Rate der THG-Produktion als auch die der Sonnenwärmeabsorption. Während der Permafrost schmilzt, insbesondere im arktischen Norden, werden natürliche vorhandene THGs in einer noch nie da gewesenen Rate freigesetzt. Viele dieser freigelassenen Gase sind Methangase, die als THGs oftmals stärker sind als Kohlendioxid. Letztlich ist die Rate des weltweiten THG-Stoffwechsels, M , der zunehmenden Umweltschädigungen selbst Veränderungen unterworfen. Während in Südamerika Wälder in Weideland umgewandelt werden, während in Kalifornien Naturgebiete zu Wohnflächen werden, sind die ökologischen Erdsysteme in der Lage, sich mit Kohlen in einer niedrigeren Rate zu arrangieren. Die entsprechende Reduktion in

Gesetze ändern sich abhängig von dem, der sie erlässt, aber Gerechtigkeit bleibt Gerechtigkeit.

/ Odo in 'Star Trek: Deep Space Nine' /

Fischbestände momentan auf einer viel schnelleren Rate als diese sich regenerieren können. Unser gegenwärtiger Konsumstandard bedeutet, dass wir späteren Generationen eine Ressource überlassen werden, die erschöpft ist und Regeneration benötigt. Irgendwann wird die Fischerei kollabieren. Wiedergenesung nach einem Kollaps ist eine komplizierte Angelegenheit, da ein neues Umweltgleichgewicht entstehen könnte, das die ausgerottete Spezies einfach nicht enthält. Aber in dem Intervall vor dem Kollaps, wenn eine Genesung noch möglich ist, können wir die Genesungskosten als Zahlung von Zinsen auf ökologische Verpflichtungen modellieren. Falls spätere Generationen einfach nur wünschen, die Ressource in ihrem erschöpften Zustand zu erhalten, vermögen sie nicht mehr abzubezahlen als die ‚Zinsen‘ der Umweltverbindlichkeiten, die wir auf sie übertragen. Dies bedeutet, dass sie weiterhin den Fischbestand abschöpfen könnten, jedoch auf einer niedrigeren Rate, die es ihnen erlauben wird, nachfolgenden Generationen eine Fischerei zu übergeben, die nicht mehr (aber auch nicht weniger) beschädigt ist als diejenige, die wir ihnen weitergeben. Falls spätere Generationen von Bürgern zu entscheiden hätten, dass sie nur die *Zinsen* der aktuellen Verbindlichkeiten zahlen anstatt den Grundbestandteil tilgen zu müssen, würden sie eine ähnliche Entscheidung treffen. Aber um die Fischerei-Ressourcen wieder herzustellen, müssten künftige Generationen auf einem wesentlich niedrigerem Level als nach der ‚nachhaltigen‘ Rate konsumieren. Die Ressourcen, die benötigt werden, um die Last der Umweltverbindlichkeiten abzuzahlen, sind wesentlich größer als diejenigen, die erforderlich sind, das erschöpfte System aufrecht zu erhalten. Aber mit der Zeit wird ein erschöpftes System auf einer niedrigeren Rate produzieren. Die Fischerei wird mit der Zeit als *erschöpftes* System weniger produzieren, als sie es tun würde, wenn sie eine gesunde Fischerei wäre, die anhand einer nachhaltigen Konsumtionsrate verwaltet wird. Und solange sich spätere Generationen nicht viel besser verhalten als wir es gegenwärtig tun, ist es sehr wahrscheinlich, dass diese Ressource sich nie erholen wird. Andere intergenerationelle öko-

allerdings ist die erforderliche Zeitspanne sehr lang. Es handelt sich um eine *geologische* Zeitspanne, daher ist, wenn der fruchtbare Boden einmal verschwindet, so als wäre er für immer weg. Um sicher zu gehen, ist es möglich, Agrikultursysteme so zu organisieren, dass es wenig Oberbodenverlust gibt, aber die in den USA (und überwiegend auch in anderen Teilen der Welt) bevorzugte Hochleistungsbewirtschaftung des Bodens konserviert nicht die Ressource, von der sie abhängt. Iowa ist begünstigt mit einer dicken Schicht eines der weltweit ergiebigen Böden, und gegenwärtig scheint sie für viele Leute eine unerschöpfliche Ressource zu sein. Aber genau so wie unsere Fischereipraktiken haben auch unsere Agrarpraktiken die Weitergabe von ökologischen Verbindlichkeiten zur Folge. In diesem Falle ist es unwahrscheinlich, dass der

Jeder menschliche Zustand hat seine Unbilden. Wir spüren jene der Gegenwart, aber jene der Zukunft sehen wir weder noch fühlen wir sie. Infolgedessen nehmen wir oft mühselige Veränderungen vor, ohne Besserung und häufig zum Schlechteren.

/ Benjamin Franklin 1706 -1790 /

Grundbestandteil jemals getilgt werden wird. Unsere Klimaverbindlichkeiten sind die beunruhigendsten Verbindlichkeiten, die wir gegenwärtig ansammeln. Einige Treibhausgase (THGs) haben eine sehr lange ‚Lebensdauer‘ in der Erdatmosphäre. In dieser Sache ist die ‚Zinsrate‘ auf unseren gegenwärtigen Konsum bemessen an der Rate, zu der die Erdatmosphäre unsere Emissionen absorbieren kann. Wenn wir demnach wählen, nur die *Zinsen* der durch die industrielle Revolution angefallenen Klimaverbindlichkeiten zu bezahlen, würden wir THGs auf der Rate produzieren, auf der die Erde und ihre biologischen Systeme sie verstoffwechseln kann. Nennen wir diese Rate M .

Wenn wir THGs auf einer höheren Rate als M produzieren, konsumieren wir ein sich erschöpfendes Grundkapital. Wir können M als die Zinsrate unserer klimatischen Verbindlichkeiten ansehen, und wenn wir innerhalb der uns zur Verfügung stehenden Mittel leben müssten, von unserem Hicks’schen Klimaeinkommen, dann müssten wir zumin-

M stellt einen Anstieg der ökologischen ‚Zinsrate‘ dar, welche mit unseren THG-Verbindlichkeiten in Verbindung steht. Die nachhaltige THG-Emissionsrate sinkt demzufolge im Zeitablauf.

Fixer Ressourcenbestand

Sofern sich Ressourcen, die wir aufbrauchen, in geologischen Zeitraten regenerieren (wie der Oberboden in Iowa), sollten wir sie als einen nicht erneuerbaren begrenzten Bestand begreifen. Erdboden und Öl stehen uns in einer fixen Quantität zur Verfügung, und wenn wir sie konsumieren, können wir nicht erwarten, dass wir es anhand einer nachhaltigen Hicks’schen Rate machen. Das Beste, was wir hoffen können, ist, dass wir spätere Generationen mit ökonomischen substitutiven Gütern ausstatten, während wir diese Ressourcen aufbrauchen, so dass unser Ausbeuten die Zukünftigen nicht insgesamt schlechter stellt. Aber können wir begründeterweise hoffen, dass unsere Verbesserungen der Computertechnologie den Verlust eines

stabilen Klimas für spätere Generationen kompensieren wird? Dazu kommen alle anderen Verbindlichkeiten finanzieller und ökologischer Art, die wir weitergeben.

Aus unseren Verbindlichkeiten herauswachsen?

Es gibt Ökonomen, die behaupten, die nationale US-Schuldenlast sei kein Problem. Es sei ein Vorteil, dass andere Nationen gewillt sind, uns weiterhin Darlehen zu geben, und wenn

kann? In dem Zitat am Anfang dieses Artikels argumentierte mein Großvater, John B. Wolf, dass wir es vermeiden sollten, Entscheidungen für unsere Nachfahren zu treffen, weil wir wahrscheinlich die falschen machen würden. Wir könnten nicht wissen, was sie wollen oder brauchen oder wertschätzen werden, daher könnte unsere Anstrengung, ihr Wohlergehen zu fördern, ein hoffnungsloser Schuss ins Leere sein.

Aber durch das ‚Verpfänden‘ ihres Wohl-

Natur nachlässig über die Oberfläche unseres Planeten verstreut hat, werden sie auf anstrengendere Prozesse zurückgreifen müssen, und dies wird eine graduelle Abnahme des Lebensstandards beinhalten. Moderne Industrielle sind wie Männer, die zum ersten Mal auf fruchtbares jungfräuliches Land stoßen und die eine kurze Zeit lang in großartigem Komfort mit einem Minimum an Arbeit leben können. Es wäre irrational zu hoffen, dass sich die gegenwärtige Blütezeit des Industrialismus nicht weit über ihr gegenwärtiges Level hinaus entwickeln wird. Aber früher oder später wird aufgrund der schrumpfenden Rohstoffbasis ihre Fähigkeit abnehmen, die menschlichen Bedürfnisse zu decken – nicht plötzlich, sondern graduell.“⁶ Falls wir es zu vermeiden wünschen, unsere Verbindlichkeiten unseren Enkeln aufzuerlegen, müssen wir sofort damit beginnen, innerhalb unserer Mittel zu leben.

Anmerkungen

- (1) Peterson 1977: 445.
- (2) Madison 1992: 23.
- (3) Madison 1992: 23-24.
- (4) Madison 1992: 25.
- (5) Hicks 1948.
- (6) Russell 1951: 37.

Literatur

Hicks, John (1948): Value and Capital. Oxford: Oxford University Press.

Madison, James (1992): Letter to Thomas Jefferson, 4. Feb. 1790. Reprinted in: Arthur, John (ed.): Democracy: Theory and Practice. Wadsworth Publishing Company: Belmont, CA.

Peterson, Merrill D. (Hrsg.) (1977): The Portable Thomas Jefferson. New York: Penguin Books.

Russell, Bertrand (1951): New Hopes for a Changing World. London: Allen & Unwin.

Wolf, John B. (1952): Ideology. In: ohne Herausgeber: The Individual and Liberal Education. Minneapolis: University of Minnesota Press, 1-22.



Prof. Dr. Wolf ist 45 Jahre alt und hat zwei Kinder, 9 und 12 Jahre. Er hofft, dass er keine unkompensierten Verbindlichkeiten finanzieller oder ökologischer Art hinterlässt, die sie abbezahlen müssen.

Seine Adresse ist:

Department of Philosophy, Iowa State University, 435 Catt Hall, Ames IA, 50011. E-Mail: jwcvolf@iastate.edu (Zuschriften bitte nur auf Englisch.)

Politik hat die traurige Pflicht, Gerechtigkeit in eine sündhafte Welt zu bringen.

/ Jimmy Carter /

die Wirtschaft schnell genug wüchse, scheinen die Schulden bald weniger, wenn wir sie mit der Größe der U.S.-Wirtschaft selbst vergleichen. Falls wir die Wirtschaft ‚verkrüppeln‘ lassen in der Anstrengung unsere Schulden zu bezahlen, dann, so wird behauptet, würden wir weniger und nicht mehr an zukünftige Generationen weiter geben. Durch das Verringern der Wirtschaftswachstumsrate verringere man zugleich die ökonomischen Aussichten und die zukünftigen Generationen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Als Antwort auf die gegenwärtige drohende wirtschaftliche Rezession bereiten der Präsident der USA und der Kongress gerade ein zusätzliches Darlehen vor, um ein ökonomisches Stimulationspaket zu schnüren. Aber wenn wir finanzielle Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit allen nicht monetären Sachdarlehen sehen, die wir weiterhin beziehen, können wir dann begründeterweise hoffen, dass der Prozess mit der Zeit so weiter laufen

ergehens, um gegenwärtige Vorteile zu erlangen, riskieren wir, ihr *Schlechtergeben* zu fördern. Wir müssen beginnen, innerhalb unserer Mittel zu leben, innerhalb des ökonomischen und ökologischen Budgets, das unser Hicks'sches Einkommen repräsentiert. Die Nichterfüllung, dies zu tun, ist, wie Jefferson und Madison gedrängt hätten, eine Verletzung unserer Pflichten intergenerationaler Gerechtigkeit. Ich möchte mit einem Zitat von Bertrand Russell abschließen, der klarer als die meisten erkannte, dass die Konsumrate in der modernen Welt Verbindlichkeiten hervorruft, die eines Tages fällig werden. Als er vor vielen Jahrzehnten über dieses Thema schrieb, hielt er fest: „Ich kann mit einem kurzem Moment zügellosen Lebens gefolgt von Armut nicht zufrieden sein, und wie klug die Wissenschaftler auch sein mögen, es gibt einige Dinge, die sie nicht zu erreichen erwarten können. Wenn sie all die leicht zugänglichen Energiequellen aufgebraucht haben, die die

Die neuesten Texte über Generationengerechtigkeit, übersichtlich angeordnet...

- Bitte schön! Es gibt noch Exemplare der Readers von Tremmels Vorlesung an der Universität Frankfurt (zurzeit nur in Deutsch, ab Sommer 2008 auch in Englisch erhältlich). Für 25€ erhalten Sie fast 400 Seiten mit Texten zu folgenden Themen:
- Die Mehrdeutigkeit des ‚Generationen‘-Begriffs
- Gesellschaftliche Generationen
- Familiäre Generationen
- Was ist Generationengerechtigkeit?
- Rawls Schleier der Unwissenheit - angewandt auf das gewünschte Geburtsjahr
- Diskontierung – die ökonomische Methode der Zukunftsbewertung in der Diskussion
- Die Bedürfnisse zukünftiger (und heutiger) Generationen
- Generationenerbschaft I: Natürliches und künstliches Kapital
- Generationenerbschaft II: Sozialkapital und Kulturelles Kapital
- „Generation Praktikum / Generation Prekariat?“ Ungleichbehandlung von Jung und Alt auf dem Arbeitsmarkt
- Generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik: Finanzielle Generationenbilanzen
- Generationengerechte Rentenpolitik
- Generationengerechte Bildungspolitik
- Generationengerechte Gesundheitspolitik
- Generationenpolitik in der alternden Gesellschaft - Wahlrecht für Unterachtzehnjährige?
- Das Strukturproblem der Demokratie – Zukünftige Generationen sind stimmlos
- Generationengerechtigkeit als Leitbild für Unternehmen

Sie können das Skript per E-Mail bestellen: kontakt@srzg.de



Vorankündigung: Jörg Tremmel: „A Theory of Intergenerational Justice“

Seit der griechischen Antike ist die Idee der Gerechtigkeit ein Gegenstand intensiver philosophischer Debatten. Systematische Konzepte und Theorien zur Gerechtigkeit zwischen nicht überlappenden Generationen wurden allerdings erst in den letzten Jahrzehnten formuliert. Diese Zeitverzögerung erklärt sich aus der unterschiedlichen Reichweite des menschlichen Aktionsradius damals und heute. Erst seit dem 20. Jahrhundert hat der Mensch mit der modernen Technik das Potential, durch sein Handeln das Schicksal von Menschheit und Natur bis in die ferne Zukunft irreversibel negativ zu beeinflussen. Zu Platons oder Kants Zeiten gab es keine Umwelt-, Renten- und Staatsverschuldungsprobleme im heutigen Ausmaß, daher war objektiv der Bedarf nach Gerechtigkeitstheorien, die über einen räumlich und zeitlich eng begrenzten Bereich hinausgehen, nicht gegeben. Nach Ansicht von Hans Jonas ist das Neuland, das die Menschheit mit der Hochtechnologie betreten habe, für die ethische Theorie noch ein Niemandsland. Die vorliegende Arbeit möchte einen Beitrag leisten, dieses Niemandsland zu erkunden.

Nach der Einleitung schließt sich in der Arbeit ein kurzer epistemologischer Abschnitt über das Definieren mit Hilfe wissenschaftlicher Kriterien an – darauf kommt Tremmel bei der Klärung der umstrittenen Begriffe immer wieder zurück. Danach ist die Arbeit in vier große Abschnitte unterteilt:

- 1) Vergleiche zwischen Generationen
- 2) Argumente gegen Theorien der Generationengerechtigkeit
- 3) Was erhalten? Kapital oder Wohl als axiologisches Ziel?

4) Wieviel davon erhalten? Gerechtigkeitsforderungen im intergenerationellen Kontext

Der erste Abschnitt geht darauf ein, dass Aussagen über Generationengerechtigkeit Vergleiche zwischen Generationen voraussetzen. Allerdings ist der Generationenbegriff mehrdeutig. Im ersten Abschnitt werden ‚gesellschaftliche‘, ‚familiare‘ und ‚chronologische‘ Generationenbegriffe voneinander abgegrenzt. Bei Aussagen über Generationengerechtigkeit wird meist der chronologische Generationenbegriff zu Grunde gelegt. Auch unter Verwendung des familialen Generationenbegriffs sind solche Aussagen möglich, der gesellschaftliche Generationenbegriff kann hingegen bei Aussagen über Generationengerechtigkeit keine Rolle spielen. Sodann werden verschiedene Vergleiche zwischen chronologischen Generationen unterschieden: vertikale, diagonale, horizontale und Gesamtlebensverläufe. Als Ergebnis zeigt sich, dass diagonale Vergleiche und Vergleiche von Gesamtlebensverläufen entscheidend sind für Aussagen über Generationengerechtigkeit.

Im zweiten Abschnitt wird auf die wichtigsten Argumente gegen Theorien der Generationengerechtigkeit eingegangen, die in der relevanten Literatur zu finden sind. In diesem Zusammenhang wird erstens das Nicht-Identitäts-Paradox aufgegriffen, und zweitens die Behauptung, zukünftigen Generationen könnten aus logischen Gründen keine Rechte zugesprochen werden, untersucht. Das von Schwartz, Kavka und Parfit ausformulierte Nicht-Identitäts-Problem besagt, dass wir noch ungezeugte, ‚potentielle‘ Individuen nicht schädigen können, wenn unsere (schädigende) Handlung eine Bedingung für ihre Existenz ist. Eine Aufzehrung aller Ressourcen wäre demnach kein Schaden für zukünftige Menschen, da es *diese* Menschen bei einer Politik des Ressourcenerhaltes nicht gäbe. In der Arbeit werden dagegen mehrere Argumente vorgebracht, die in ihrer Gesamtheit zeigen, dass das ‚Nicht-Identitäts-Problem‘ für die üblichen intergenerationellen Probleme wie Kriege, Umweltschutz oder Staatsverschuldung irrelevant ist und seine Berechtigung nur in einem sehr eng umgrenzten Bereich der Reproduktionsmedizin hat. Mit dem ‚Die-Kinder-des-Nachbarn-Argument‘ werden zunächst individuelle Taten von kollektiven Aktionen ganzer Generationen unterschieden, wodurch sich die Reichweite des Nicht-Identitäts-Paradoxons stark reduziert,

da es nur für eigenen Nachwuchs, nicht aber für andere Mitglieder einer nachfolgenden Generation gilt. Grundsätzlich in Frage gestellt wird das ‚Nicht-Identitäts-Problem‘ mit dem ‚Schmetterlingseffekt-Argument‘. Ein Satz wie „Aufgrund eines Krieges oder einer bestimmten Umweltpolitik sind x Prozent aller Kinder zu einem anderen Zeitpunkt gezeugt worden“ ist angreifbar wegen des Wortes ‚aufgrund‘. Aus einer schwachen Multikausalität kann keine starke monokausale Beziehung konstruiert werden. Die Kausalität zwischen nachweltfeindlichen Aktionen, z.B. einem nicht-nachhaltigen Ressourcenverzehr, und der genetischen Identität der nächsten Generation ist nicht stärker als der berühmte Schmetterlingseffekt, nach dem der Flügelschlag eines Schmetterlings in Asien einen Sturm in der Karibik auslösen kann.

Tremmel geht im gleichen Kapitel auch auf den Einwand ein, dass zukünftige Generationen keine Rechte haben können. Nun ist die in der Arbeit ausgebreitete Theorie der Generationengerechtigkeit eine am Wohl, nicht an den Rechten zukünftiger Generationen festgemachte Gerechtigkeits-theorie. Insofern sind Fragen, ob potentiellen Menschen Rechte zukommen können (bzw. wenn ja, welche) nicht die wesentlichen Fragen, die diese Theorie beantworten muss. Dennoch vertieft sich Tremmel auch in dieses zweite Gegenargument und beantwortet es folgendermaßen: „Das Sprechen von den Rechten zukünftiger Generationen ist möglich, ohne dass ein logischer oder konzeptioneller Fehler vorliegen muss. Wen man als Rechtsträger deklariert (z.B. Tiere, Kompatienten, Föten oder eben zukünftige Personen) ist im Bereich der moralischen Rechte eine Frage der Konvention, im Bereich der kodifizierten Rechte ist es eine empirische Frage.“

Nun schließen sich die beiden Hauptabschnitte „Was erhalten?“ und „Wieviel davon erhalten?“ an. Der erste behandelt die axiologische Frage, was eigentlich das intrinsisch wertvolle Gut ist, welches im Generationenvergleich erhalten bzw. weitergegeben werden sollte. Als alternative intrinsische Ziele von gesellschaftlichen Arrangements werden einerseits ‚Kapital‘ und andererseits ‚Wohl‘ (im Sinne von Bedürfniserfüllung) untersucht. Tremmel untersucht zunächst, ob die gesamte Generationenerbschaft mit dem finanzwirtschaftlichen Kapitalbegriff zu fassen ist, wobei sie z.B. in ‚Naturkapital‘, ‚Sachkapital‘, ‚Finanzkapital‘, ‚kulturelles Kapital‘, ‚Sozialkapital‘ und

‚Wissenskapital‘ aufgliedert werden kann. Das Ziel ‚Wohl‘ wiederum wird ebenfalls in zahlreichen Facetten behandelt, wobei subjektive und objektive Ansätze zur Messung desselben gegenübergestellt werden. Als Fazit wird die Überlegenheit des axiologischen Zieles ‚Wohl‘ gegenüber der Alternative ‚Kapital‘ festgestellt, da Kapital letztlich nur ein Mittel ist, um die Steigerung von Wohl zu erreichen.

Im Abschnitt „Wieviel davon erhalten?“ schließlich behandelt die Studie die Frage, was wir kommenden Generationen aus Gerechtigkeitsgründen schulden. Dabei werden drei im intragenerationellen Kontext etablierte Gerechtigkeitskonzeptionen auf ihre Anwendbarkeit auf den intergenerationellen Kontext untersucht: Gerechtigkeit als Unparteilichkeit, Gerechtigkeit nach dem formalen Grundsatz ‚Gleiches gleich, Ungleiches ungleich behandeln‘ und Gerechtigkeit als Reziprozität. Der Kern der Arbeit ist die Anwendung des Rawls’schen Schleier der Unwissenheit, um Prinzipien für die Gerechtigkeit zwischen Generationen zu finden. Rawls selbst hat diesen Gedankengang nicht zu Ende geführt. In der Dissertation wird herausgearbeitet, dass sich die Vertragspartner in der ‚original position‘ gegen eine Gleichheit aller Generationen entscheiden würden, weil Gleichbehandlung wegen der Vorwärtsbewegung der Zeit bedeuten würde, das (niedrige) Niveau der allerersten Generation auch auf weitere Generationen zu übertragen. Dabei ist insbesondere der Charakter der ‚autonomen Fortschrittsfaktoren‘ von Bedeutung: „Spätere Generationen werden unweigerlich von den Erfindungen, Innovationen und Erfahrungen ihrer Vorgänger profitieren. Es gibt aber umgekehrt keinen Weg, dass frühere Generationen von in ihrer Zukunft entwickelter Technologie und Medizin profitieren können, da die Zeit nur in eine Richtung verläuft. Gerechtigkeit als Gleichheit ist keine Option, außer die Teilnehmer hinter dem Schleier der Unwissenheit erlegen es jeder Generation auf, alle von ihr angelegten Büchereien niederzubrennen und alle Innovationen und Erfindungen zu vernichten, wenn sie abtritt. Aber dies würde bedeuten, dass alle Generationen auf dem niedrigstmöglichen zivilisatorischen Stand dahinvegetieren müssten.“ Jede Generation hat aufgrund der ‚autonomen Fortschrittsfaktoren‘ eine andere Ausgangsposition, eine spätere Generation hat im Normalfall einen Startvorteil gegenüber einer früheren. Chancengleichheit ist also nie gegeben. Letztlich wird von den Teilnehmern unter dem ‚Schleier der Unwissenheit‘ als Gerechtigkeitsgrundsatz festgelegt werden, dass jede Generation ihr Potential im vollen Ausmaß verwirklichen darf. Keine Generation darf ihren Nachfolgern im Rahmen eines Gleichheitsideals ihren Startvorteil zunichte machen. Allerdings verlangt Genera-

tionengerechtigkeit auch keine ungebührlichen Opfer von früheren Generationen zugunsten ihrer Nachfolger. Statt einer Sparrate im Sinne von aufopferndem Konsumverzicht wird jeder Generation die Pflicht zur Prävention auferlegt, nämlich die Pflicht zur Vermeidung von ökologischen, sozialen oder technischen Zusammenbrüchen.

Die Gerechtigkeitsmaxime ‚Gleiches gleich, Ungleiches ungleich behandeln‘ ist aufgrund der Ungleichheit aller Generationen nur eingeschränkt in den intergenerationellen Kontext zu übertragen. ‚Ungleiches ungleich behandeln‘ fordert aber in jedem Fall eine differenzierte Behandlung verschiedener Generationen. Das Prinzip ‚Gerechtigkeit als Reziprozität‘ ist in manchen seiner Ausführungen generell, also auch im intragenerationellen Kontext, unmoralisch. Und zwar immer dann, wenn es egoistisches Handeln legitimiert. Darunter wird Handeln verstanden, bei dem das Wohl des Handelnden auf Kosten mindestens eines anderen erhöht wird (Win/Lose). Es gibt jedoch auch moralische Variationen des Reziprozität-Prinzips im intragenerationellen Kontext. Im intergenerationellen Kontext ist ‚Gerechtigkeit als direkte Reziprozität‘ keine direkt anwendbare Maxime, weil noch nicht existente Generationen keine Vertragspartner sein können. Allerdings kann eine Abwandlung, nämlich indirekte Reziprozität, als sinnvolle Handlungsmaxime in Bezug auf die Nachwelt dienen.

Dem Dichter Heinrich Heine wird der Satz zugeschrieben: „Jede Zeit hat ihre Aufgabe, und durch die Lösung derselben rückt die Menschheit weiter.“ Tremmel weist nach, dass Generationengerechtigkeit bedeutet, es unseren Nachfolger zu ermöglichen, sich nicht nur gleiche, sondern bessere Lebensbedingungen als wir sie heute haben, zu erarbeiten. Unsere moralischen Verpflichtungen gegenüber der Nachwelt sind größer als bisher angenommen. Allerdings bedeutet Tremmels Konzept von ‚Generationengerechtigkeit als Ermöglichung einer Besserstellung‘ nicht, dass die heutige Generation sich für die nächste aufopfern soll. Wenn eine Ressource zwischen zwei gleichgroßen Generationen aufgeteilt werden muss, so ist es durchaus legitim, wenn jede Generation die Hälfte davon zugesprochen bekommt. Wie aber kann daraus ein höherer Lebensstandard für die spätere Generation erwachsen? Dieses scheinbare Paradoxon löst sich auf, wenn man die autonomen Fortschrittsfaktoren betrachtet.

Unsere Aussichten, unsere moralischen Verpflichtungen gegenüber der Nachwelt zu erfüllen, werden angesichts unseres tatsächlichen Handelns immer geringer. Die heutige Generation lebt in einer besonders entscheidenden Epoche. Gerade in der heutigen Situation mit immer mehr Staaten mit Atomwaffen, mit menschengemachtem Treibhauseffekt und großen Mengen

nuklearem Abfall besteht die Gefahr, dass die heutige Generation durch ihre Handlungen das Wohl zahlreicher zukünftiger Generationen gravierend reduziert. Dies zu vermeiden, ist unsere große Verantwortung.

Die Arbeit ist der Philosophie zuzurechnen, sie weist allerdings einen hohen Grad von Interdisziplinarität auf. Gerade der Abschnitt „Was erhalten?“ bezieht viele soziologische und ökonomische Aspekte mit ein. Die Arbeit berücksichtigt die wesentliche Literatur zu Generationengerechtigkeit sowohl aus dem deutschen als auch aus dem englischen Sprachraum.

Lesermeinungen

Endlich gibt es ein umfassendes Werk zur Generationengerechtigkeit. Nachdem das Thema lange Zeit an den Rand wirtschaftlicher, politischer und philosophischer Debatten gedrängt wurde, stellt Tremmel das Thema endlich dorthin, wo es hingehört: In den Mittelpunkt unserer heutigen ethischen Anliegen.

Es liegt heute in unseren Händen, ob wir das Leben auf der Erde, wie wir es kennen, auslöschen – oder aber Krankheiten und Nöte, die die Menschheit schon immer geplagt haben, abschaffen. Deshalb kann die Wichtigkeit der Frage, was genau wir unseren nachfolgenden Generationen schulden, gar nicht hoch genug bewertet werden. Tremmels „Theory of Intergenerational Justice“ liefert die richtigen Erkenntnisse zur richtigen Zeit.

Jörg Tremmel ist besonders qualifiziert, dieses schwierige und komplexe Thema aufzugreifen. Seit vielen Jahren liefert er die führenden Forschungsergebnisse zu diesem Thema und hat durch Fürsprecher und mannigfaltige interdisziplinäre Studien einen wissenschaftlichen Status erreicht, der seinesgleichen sucht.

Indem er wichtige Einblicke aus wirtschaftlicher, psychologischer, soziologischer, politikwissenschaftlicher und moralphilosophischer Sicht zusammenbringt, führt er seinen Leser zu der zwingenden Einsicht: Die Aufgaben für unsere Nachkommenschaft sind stärker, als wir gemeinhin annehmen. Tremmel hat absolut Recht: Wir schulden „intergenerationelle Gerechtigkeit, um Weiterentwicklung zu ermöglichen“, und zwar für alle zukünftigen Menschen und es ist höchste Zeit, dass wir auch danach handeln.

Prof. Dr. Claus Dierksmeier

Philosophisches Seminar

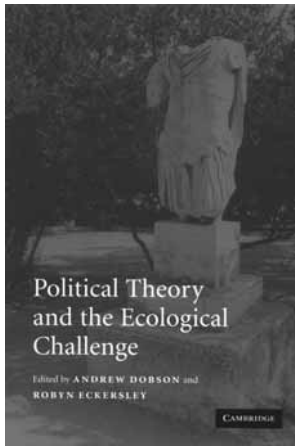
Stonehill College, Easton (Boston), Massachusetts, USA

“Eine gründliche, umfassende, geradezu souveräne Studie.”

Prof. Dr. Dr. h.c. Otfried Höffe

Philosophisches Seminar

Eberhard Karls Universität Tübingen



Andrew Dobson / Robyn Eckersley
(Hrsg.): Political Theory and the Ecological Challenge
Rezensioniert von Michelle Wenderlich
(Übersetzung: Nadja Eichin, Ilja Gold, Stefan Westemeyer)

Andrew Dobson und Robyn Eckersley haben mit *Political Theory and the Ecological Challenge* ein höchst brauchbares und aufschlussreiches Buch vorgelegt. Ihre Essaysammlung bündelt die politischen Theorien und Konzepte grüner und umweltorientierter Ansätze bekannter Experten. So behandelt der erste Teil die modernen politischen Theorien und die ökologische Herausforderung. Roger Scruton setzt sich in seinem Beitrag mit dem Konservatismus auseinander, Marcel Wissenburg mit dem Liberalismus, Mary Mellor mit dem Sozialismus, Val Plumwood mit dem Feminismus, Avner de-Shalit mit dem Nationalismus, Robyn Eckersley mit dem Kommunitarismus und schließlich Andrew Linklater mit dem Kosmopolitismus. Der zweite Teil behandelt in ähnlicher Weise die Verbindungen zwischen politischen Konzepten und ökologischen Herausforderungen. Hierzu schreibt Terence Ball zur Demokratie, James P. Sterba zur Gerechtigkeit, Michael Saward zur Repräsentation, Andrew Hurrell über den Staat, Richard Dagger über Rechte und Freiheit, Andrew Dobson über die Bürgerrechte und Daniel Deudney über Sicherheit. Das Buch dürfte für Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen leicht zugänglich sein. Die Zusammenführung von Umweltperspektive und der traditionellen Politikwissenschaft führen den Leser zu neuen Einsichten. Hierbei ist nicht nur der Versuch politischer Theoretiker hilfreich, Fragen ‚neuer‘ Umweltprobleme in ihre Ansätze einzubringen. Auch der Wille von Umweltaktivisten, sich besser mit den politischen und sozialen Rahmenbedingungen zu arrangieren, wird hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund zeigt das Buch (oft unerwartete) Allianzen auf. So denkt Roger Scruton in ungewohnter Weise über den Konservatismus als traditionell dem Umweltschutz freundlich gesinnte Ideologie nach. Denn Umweltschützer sind in der Tat

Umweltkonservative. Scruton unterscheidet zwischen den Freihandelsideologien, die mit dem Konservatismus in Verbindung gebracht werden und seinen wahren, tieferliegenden Prinzipien. Diese wurzeln in Begriffen wie „Treuhandschaft (mehr als Unternehmertum), Konversation (mehr als Befehl) und Freundschaft (mehr als Solidarität)“. Er nennt hier Edmund Burke als einen Vertreter dieser ursprünglichen Ideale:

„Die konservative Antwort auf diese Art Problem ist, anzuerkennen, dass ein ökologisches Gleichgewicht Teil einer dauerhaften sozialen Ordnung sei. Die Auffassung, die uns Burke darlegt, ist eigentlich eine, die Umweltschützer ansprechen sollte. Burkes Antwort auf Rousseaus Theorie des Gesellschaftsvertrages war, einzuräumen, dass eine politische Ordnung wie ein Vertrag funktioniere. Er fügte dem jedoch hinzu, dass es kein Vertrag nur zwischen den Lebenden, sondern zwischen den Lebenden, den Ungeborenen und den Toten sei (Burke 1987). Mit anderen Worten, um es deutlich zu sagen, eigentlich überhaupt kein Vertrag, sondern eine treuhänderische Beziehung, in der ererbte Vorteile erhalten und weitergegeben werden. Die Lebenden mögen ein Interesse daran haben, die Ressourcen der Erde zu verbrauchen, aber dies war es nicht, wofür die Toten sich abmühen. Und die Ungeborenen sind auf unsere Rücksichtnahme angewiesen. Ein langfristiges soziales Gleichgewicht muss deshalb ein ökologisches Gleichgewicht mit einschließen.“ (S. 10) Anstatt umweltbezogene Werte im Hinblick auf die Begründung von Liebe und Abhängigkeit zwischen den Generationen neu zu definieren, tritt Scruton für lokal angelegte Konzepte und Handlungen ein. Er argumentiert folgendermaßen: „Der konservative Anspruch, so erscheint es mir, ist begründet, selbst wenn er nicht so ehrgeizig ist. Eher als die Unternehmung, die ökologischen und sozialen Probleme auf globaler Ebene zu lösen, streben Konservative Kontrolle auf lokaler Ebene und die Wiederbehauptung lokaler Souveränität über die jeweils bekannte und geführte Umgebung an.“ (S. 15) Auch hier ist eine weitere interessante Facette dieses Buches erkennbar – die Verbindung zwischen den Kapiteln stellt die gemeinsamen, aber unterschiedlich bewerteten Probleme in eine geschlossene Perspektive. Scrutons Befürwortung von lokaler und nationaler Loyalität gliedert sich direkt in die Debatte ein, die über das gesamte Buch hinweg geführt wird. Besonders Robyn Eckersleys Kapitel über den Kommunitarismus verdeutlicht solch eine Verbindung. Es erklärt, dass Kommunitaristen die „traditionelle Ontologie des Selbst als asozial, losgelöst und radikal autonom [...] sowie *inkohärent*“ sehen. Dagegen sei „vom kommunitaristischen Standpunkt ausgehend, die menschliche Identität immer an Raum und Zeit gebunden“. Folglich besteht ein Bedarf, „im Einzelnen *gebundene* Loyalitäten menschlich verständnisvoll anzuerkennen.“ Zudem befürwor-

tet Scruton einen konzeptualisierten Umweltschutz auf nationaler Ebene. Aber interessanterweise wird man durch das Nationalismuskapitel von Avner de-Shalit gewarnt, diesen Standpunkt als eine politische Theorie zu betrachten, die den ökologischen Interessen wohlgesonnen ist. Obwohl er anmerkt, dass einige Elemente des Nationalismus (Solidarität, gemeinsame Bewahrung des Erbes) der ökologischen Sache helfen können, sind andere im Stande, dieses Ziel zu blockieren (nationale Romantisierung, „ein mystischer, abstrakter und instrumentalisiert Heimatbegriff“, die Bedeutung nationaler Souveränität/Autonomie, „nationale Interessen“, Konflikte zwischen nationalen und ökologischen Grenzen, Anthropozentrismus etc.). Er geht noch weiter, indem er behauptet, dass „Nationalismus als eine der Phasen erscheint, durch die ein Volk gehen sollte, um zu verstehen, dass es vielleicht weitaus wichtigere und validere politische Ideale gibt“ (S. 88). Auch weitere Autoren dieses Buches widersprechen Scruton und sehen die Internationalisierung eher als Teil der Lösung. Beispielsweise legt Andrew Linklater in seinem Kapitel „Cosmopolitanism“ Folgendes dar: „Die Befürwortung eines globalen Gewissens, das mit der ökonomischen und technologischen Vereinheitlichung der Menschheit Schritt hält, ist eine der großen moralischen und politischen Herausforderungen unserer Zeit.“ (S. 115). Der Kampf für den ökologischen Wandel findet im Feminismus einen weiteren unerwarteten Verbündeten, wie Val Plumwood erklärt. Umweltaktivisten könnten daraus lernen, wie Feministen ihre Argumente ausgearbeitet haben. Zum Beispiel sei die übermäßige Trennung künstlich, die der Westen zwischen Frauen und Kultur sowie zwischen den Menschen und der Natur zieht. Es sei somit eine gesellschaftliche Kreation, die nicht die Realität repräsentiert – ein wahrhaftiges menschliches Leben sei sowohl eingebettet in die Natur als auch in die Kultur. Plumwood schreibt: „Ein feministischer Ansatz ermöglicht es uns, etwas zu sehen, was die dominanten Theorien verschleiert haben, nämlich dass die Umweltproblematik zweiseitig ist. Dabei stellt die Leugnung unserer eigenen (...) Tierhaftigkeit und Einschluss in die natürliche Ordnung die andere Seite unserer Distanzierung von und Abwertung dieser Ordnung dar (...). Die zentrale Einsicht hierbei ist, wie Rachel Carson in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts erkannte und die Arbeiten Mary Midgleys und Rosemary Ruethers in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts nahelegten, dass die resultierende Wahrnehmung unserer selbst als ökologisch unverletzlich, als jenseits des Tierreiches und ‚außerhalb der Natur‘ (als einer abgetrennten und unverfälschten Sphäre, die ‚wo anders‘ besteht) stehend, uns darin versagen lässt, unsere ökologischen Identitäten und unsere Abhängigkeit von der Natur zu verstehen, ein Versagen, das der Grund für so viele Umweltkatastrophen ist, sowohl vom

Menschen verursachten als auch nicht durch ihn herbeigeführt.“ (S. 62) Plumwood fordert, dass Umweltschützer ihren falschen Dualismus und ihre Wahl zwischen ‚tiefer‘ und ‚oberflächlicher‘ Ökologie reflektieren sollten. Was für Sie problematisch an ‚tiefer‘ Ökologie ist, ist nicht ihre Infragestellung der nicht-menschlichen Seite dieser Konzeption, sondern die Art und Weise, in der sie fortfährt, die menschliche Seite zu marginalisieren. Auch sehr interessant sind Plumwoods Parallelen zwischen den Rollen der reproduktiven Arbeit von Frauen und Natur. „Feministische Modelle weisen auf Parallelen zum Coverture [d.h. die Verschmelzung der gesetzlichen Rechte der Frauen mit denen ihres Ehemannes und somit ihre rechtliche Eingliederung in die Person ihres Mannes, Anmerkung der Red.] in der Leugnung und Klassifizierung der Täterschaft der Natur hin, insbesondere in Eigentumssystemen, die untergeordnete Beiträge ausradieren und den gesamten Verdienst für und Nutzen aus der gemeinsamen Produktion der dominanten Partei zuschreiben. Die Unsichtbarkeit und Ausradierung der Tätigkeit, auf der diese ungerechte Aneignung basiert, liefert eine weitere wichtige Parallele zwischen der Situation der Frauen und der der nichtmenschlichen Natur. Das moderne Äquivalent von ‚Natur‘ ist die Kategorie der ‚versorgenden Tätigkeiten‘, manchmal ‚Reproduktion‘ genannt, besonders jene Formen, die körperliche Dienste beinhalten.“ (S. 68) Und sie erforscht die Ursachen dieser Probleme: „Das Modell der Natur als Sklave oder Coverture-Ehefrau untermauert das dominante Modell des Privateigentums, welches das Fundament des gegenwärtigen globalen Kapitalismus ist. Wie ich selbst und andere dargelegt haben, erscheint die Nichtigkeitserklärung nicht-menschlicher Beiträge und Tätigkeiten in der Produktionsarbeit durch den Kapitalismus in Lockes berühmtem Modell über die Entstehung von Eigentum, nach dem der Kolonist dazu berechtigt ist, sich jenes Produkt, in das er seine Arbeit hat einfließen lassen, anzueignen, vorausgesetzt es fällt unter die Kategorie ‚Natur‘, eine Klassifizierung, deren getrennte Tätigkeit und Wüsten völlig ausradiert sind... Der Grund für die ungeheure ökologische Zerstörungskraft des Kapitalismus gründet im Herzen liberaler Eigentumskonzepte und ihrer ursprüngliche Enteignung der Natur.“ (S. 66) Anstatt beider verzerrter Sichtweisen von Frauen und Natur, schlägt Plumwood Konzepte der Partnerschaft und ‚Solidarität in Abgrenzung zur Einheit mit der Natur‘ vor: „Eine feministische Ethik befürwortet kommunikative Strategien des Anerkennens, des Zuhörens und des Verhandels mit dem Land und dem System, die unser Leben aufrechterhalten, um ihre Erneuerung und ihr Gedeihen zu gewährleisten. Eine auf Dialog basierende und klar auf gegenseitige Gewinne gerichtete Denkweise kann nicht die Maximierung der Ergebnisse zum Ziel haben, auch nicht der wirtschaftlichen Gewinne einer einzigen, näm-

lich der menschlichen Seite.“ (S. 72) Marcel Wissenburg sieht Möglichkeiten, dass der Liberalismus einen umweltbewussten politischen Gedanken aufnehmen kann, aber er betont die grundlegenden Konflikte zwischen den zwei Ansätzen. Als eine *politische* Theorie fokussiert der Liberalismus per Definition die Wohlfahrt und das Wohlergehen der Menschen. Er stellt also nicht nur die menschlichen Interessen, Wünsche und Sorgen über alles andere, sondern macht diese zur exklusiven Messlatte der Moral.“ (S. 21) Folglich wird die Umwelt dem Menschen nachgeordnet. Dies gilt auch für das Konzept der Konsensbildungsneutralität; Individuen sind frei in der Entscheidung was sie mit ihrem Leben und Besitz machen wollen, inklusive der Zerstörung der Umwelt. Zusätzlich zu den im Bezug auf die spezifischen, typisch liberalen Rechte, die gutes ökologisches Verhalten verhindern würden, ist die Rolle der Eigentums- und Freihandelsrechte vielleicht die bemerkenswerteste.“ (S. 22). Aus Sicht von Umwelttheorien mache der Liberalismus einen elementaren Fehler, wenn er tolerant ist gegenüber einer materialistische Planung des Lebens und des Lebensstils, wie zum Beispiel die Definition eines guten Lebens über die Art der Güter, die jemand besitzt und konsumiert. Und, wie Plumwood und Wissenburg hinweisen, basierte Lockes klassische Rechtfertigung für die ‚Erstaneignung‘ natürlicher Güter beruhe auf einer fehlerhaften Prämisse. Die

Respekt für ihre schulden; da nur ein Handelnder, der fähig ist, die Rechte anderer zu respektieren, Träger von Rechten sein kann... [W]ir sollten von Rechten nicht nur einfach als Barrieren oder Schilde denken, die uns vor anderen schützen, sondern als Beziehungsformen, die uns dazu befähigen, unsere privaten und öffentlichen Unterfangen friedlich zu verfolgen.“ (S. 213-14) Umweltaktivisten, die das Buch lesen, erhalten nicht nur Einsichten, sondern auch Warnungen. Dazu gehört Andrew Hurrell in *The State*. „Die ökologische Herausforderung war in der Tat eine der wichtigsten Faktoren, die dazu beigetragen hat, dass ein Wandel in den sich verändernden normativen Strukturen der internationalen Gesellschaft stattgefunden hat. Und dennoch, sogar in den Beziehungen zur Umwelt, besteht eine reale Gefahr, dass Weltverbesserer das Ausmaß des momentan stattfindenden Wandels übertrieben anführen. Noch wichtiger erscheint es, dass diese Übertreibung zu einer Fehldiagnose des Problems, mit dem wir momentan konfrontiert sind, führt.“ (S. 181) Auch Daniel Deudney warnt unter dem Sicherheitsaspekt, dass die Definition von ‚Sicherheit‘ unsachlich wird, indem sie mit zu vielen umweltbezogenen Bedenken verknüpft wird (ökologische Sicherheit), und dass das Ausmaß von Umweltkonflikten, die zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen, übertrieben wird. Hierbei denke ich aber, dass er irrt. Er

„Gerechtigkeit und Billigkeit sind deshalb das Gleiche, und beide sind sie gut, auch wenn die Billigkeit besser ist.“

/ Aristoteles /

Ansicht, jeder dürfe sich wahllos an der Natur bedienen, kann, solange er nur „genug und Gleichwertiges“ für seine Mitmenschen hinterlasse gehe von unendlichen Ressourcen ausgeht. Geht man von begrenzten Ressourcen aus, so ergibt sich ein ganz neuer Schluss: „Die Locke’sche Bedingung macht eigentlich die Legitimität privaten Eigentums unmöglich.“ (S. 29) Weiter erhalten wir wichtige Einblicke durch andere Autoren, so zum Beispiel Richard Dagger mit seinem Beitrag „Freedom and Rights“. „Der wichtigere Punkt ist jedoch, dass der ökologischen Herausforderung ins Auge zu blicken, vollkommen konsistent mit dem Recht auf Autonomie ist, das ich anderswo ausgeführt habe als das Recht, auf das sich alle anderen stützen: Das Recht, die Fähigkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, zu fördern und zu schützen. In dieser Sichtweise sind wir sowohl Individuen als auch Mitglieder von Gemeinschaften. Wir schulden unsere Individualität und jegliche Autonomie, die wir erlangen, zu einem großen Teil den anderen Mitgliedern unserer Gemeinschaften, aber sie schulden uns ebenfalls Respekt für unsere Autonomie, sei sie potentiell oder tatsächlich. Sie schulden uns Respekt für unser Recht auf Autonomie, das heißt genauso wie wir ihnen

erwähnt nicht die Rolle der Knappheit von Öl und die Verbindung zu den Irak-Kriegen, oder das Ausmaß des Klimawandels, der Dürre und der Wasserknappheit, das die Umstände für den Konflikt in Darfur verursacht hat. Oder sogar, dass die Wurzeln eines fehlerhaften und höchst ungerechten Wirtschaftssystems, das zur globalen Armut und Verzweiflung führt, auch in der Missachtung ökologischer Wachstumsgrenzen liegen. Dies führt wiederum zu begünstigenden Umständen für Extremismus und Terrorismus. Diese neuerlich festgestellten Wachstumsgrenzen sind letzten Endes das, was die Locke’sche These des Privateigentums bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber Verteilungsgerechtigkeit delegitimiert. Deudney benutzt außerdem falsche Beispiele um seine Behauptungen zu belegen: Die Preissenkung für Rohstoffe in den letzten Jahrzehnten rührt nicht unbedingt daher, dass nicht-erneuerbare Ressourcen weniger knapp wurden. Wer das aussagt, verwechselt Geld mit Wert und erkennt nicht, dass Preise auch durch die Beschleunigungsrate im Rohstoffabbau im gesamten globalen Süden verfälscht werden können. Faktisch führen diese nämlich zu steigender Knappheit und können einen möglichen öko-

logischen Kollaps auslösen. Die Behauptung, dass wirtschaftliche und militärische Macht nicht mehr so eng miteinander verknüpft sind wie in der Vergangenheit, ist vielleicht wahr (mit den USA als ungenannter großer Ausnahme). Sie wird aber nicht dadurch gerechtfertigt, indem Deutschland und Japan im Zeitraum nach 1945 als Beispiele angeführt werden, da sie die historischen Umstände außer Acht lassen, aufgrund derer die militärische Macht dieser Staaten begrenzt wurde.

Mit dieser Ausnahme ist *Political Theory and the Ecological Challenge* ein gutes Beispiel für die

bestimmt habe, aus der speziellen Weltanschauung des späten 18. Jahrhunderts und der industriellen Revolution hervor gegangen sei und nicht der Realität entspreche. Nelson lehnt genau diese Auffassung der Wirtschaft als eine Maschine ab. Märkte könnten nicht auf Profitmaximierung und wirtschaftsdienliche Arbeiter reduziert werden. Der Versuch, es dennoch zu tun, untergrabe künstlich den Sinnzusammenhang der Ethik, nämlich als Teil unseres gesellschaftlichen Entscheidungsprozesses bezüglich dessen, was wir im Leben brau-

kann uns helfen, sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Entscheidungen zu verbessern (S. 4).

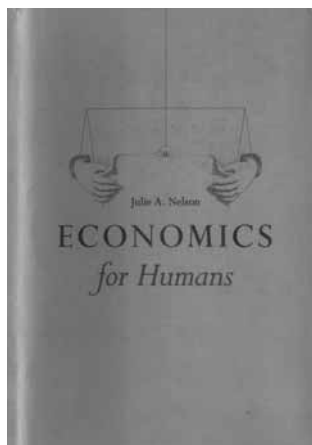
Nelson kritisiert außerdem den oft aus einer marktkritischen Sicht zu hörenden Vorwurf, Profitstreben sei der Profitgier notwendigerweise gleichzusetzen. Dieser Standpunkt führe zu der Sichtweise, dass alle Nichtgewinnorientierten altruistisch und alle am Profit Interessierten moralisch suspekt seien. Laut Nelson führe diese Einstellung zu vielen Problem in sozialen Berufen wie zum Beispiel Pflege- und Lehrtätigkeiten, die heutzutage besonders offenkundig in den USA zu erkennen seien: Arbeitgeber könnten sich zum Beispiel immer noch damit rechtfertigen, dass Pflegekräfte nicht an Geld interessiert sein dürften, um so deren Gehalt möglichst gering zu halten. Die Folge sei laut Nelson ein chronischer Pflegekräftemangel. Sie argumentiert kurz gesagt dafür, dass man von Wachstum und Gewinnmaximierung auf Aktivitäten übergehen solle, die *„sowohl sozial als auch wirtschaftlich profitabel“* sind (S. 92). Denn Wirtschaftsentscheidungen seien ethische Entscheidungen. Nelson ist in ihrer Einschätzung aufschlussreich und bringt gute Argumente hervor, um aufzuzeigen, warum neoklassische Metaphern von Maschinen für Wirtschaftssysteme in der Realität nicht Stand halten. Sie argumentiert leidenschaftlich dafür, die Wirtschaft wieder mit der Ethik zu verbinden. Sie macht zugleich deutlich, dass es für die vorgeschlagenen Lösungen einen Unterschied macht, wie wir die gegenwärtigen Systemprobleme konzeptualisieren. Nelson stellt in besonders gelungener Art und Weise die Wurzeln der neoklassischen Ökonomie in der Gesellschaft und der Geschichte dar, während sie zeigt, als was sie gut sind – als bequeme Mutmaßungen. Jedoch hätte sie vielleicht deutlicher zeigen können, wie ihr „fürsorgendes Wirtschaftssystem“ erschaffen werden könnte. Oder zumindest wie ein solches System aussehen könnte, das Ethik und zugleich Effizienz integriert. Ein genauere Blick auf die kapitalismuskritische Debatte hätte ebenfalls hilfreich sein können. Aber Nelson wirft zweifelsfrei wichtige Fragen und Probleme auf, was für all denjenigen von Nutzen sein könnte, die das Buch lesen – besonders für solche Leser, die daran interessiert sind, an einer gerechteren und nachhaltigeren Wirtschafts- und Sozialstruktur selbst mitzuarbeiten. Zudem ist ihr Buch klar strukturiert und verständlich geschrieben. Sie behandelt sehr viele Fragestellungen auf den wenigen 127 Seiten des Hauptteils. *Economics for Humans* kann somit viele Leser anregen – ob diese im Wirtschaftssystem sachkundig sind oder nicht.

Julie A. Nelson (2006): Economics for Humans. Chicago: University of Chicago Press. ISBN-13: 978-0-226-57202-4, ISBN-10: 0-226-57202-1, 164 Seiten, Preis: \$16.00

„Zukünftige Generationen sollten Erben und nicht Überlebende sein.“
/ George Schaller /

Vorteile von interdisziplinären Studien, genauso wie für den Versuch, Theorie in der Praxis anzuwenden. Denn dies findet der Leser hier, zusammen mit vielen anderen provokanten Fragen, die uns ermuntern, viele Aufgaben und neue Perspektiven aktiv anzugehen, um Herausforderungen für unsere Umwelt innerhalb des komplexen politischen und sozialen Systems zu bewältigen, in dem sie momentan auftreten. Fügt man das zum klaren und eloquenten Schreibstil hinzu, dann kann ich dieses Buch ohne Vorbehalte empfehlen.

Andrew Dobson / Robyn Eckersley (eds.) (2006): Political Theory and the Ecological Challenge, Cambridge: Cambridge University Press, 262 Seiten, ISBN: 0-521-54698-2, Preis: \$ 31,99



Julie Nelson: Economics for Humans
Rezensiert von Michelle Wenderlich
(Übersetzung: Felix Stahlmann & Stefan Westemeyer)

In *Economics for Humans* argumentiert Julie Nelson, dass es sowohl die Rechte als auch die Linke verpasst hätten, die Ökonomie und die Märkte zu konzeptualisieren, was zu einer weitreichenden Abwertung und Vereinfachung des wirtschaftlichen Lebens geführt habe. Anhand historischer Zusammenhänge weist sie darauf hin, dass Adam Smiths Sicht der Wirtschaft als eine Maschine, die den Blick der westlichen Welt schon immer

chen und wollen, zu fungieren. Sie argumentiert, dass diese Wirtschaftsabwertung in Wirklichkeit nicht einmal durch die klassischen Nationalökonomien, sondern vielmehr durch ihre Nachfolger hervorgebracht worden sei. Dazu gehöre John Stuart Mill, der dachte, es sei hilfreich eine beliebige Definition des Begriffes ‚Mensch‘ anzunehmen, um die Ökonomie als Wissenschaft zu praktizieren (was bekannt wurde als der ökonomische Mensch, *homo oeconomicus*). Praktisch habe dies bedeutet, so Nelson, dass die Ökonomen in der Lage sein wollten, Verhalten mathematisch vorherzusagen. Um es aber zu können, hätten sie alle natürlichen menschlichen Handlungsweisen verwerfen müssen, einzig und allein die Logik wäre übrig geblieben. Im Einzelnen sei zum Beispiel das Gebot der Gewinnmaximierung entstanden, weil es für die Kalkulationsmethode geeignet war. Nelson erklärt, diese mathematisch denkenden Ökonomen hätten sich dazu berufen gefühlt, mit dem Konzept der Grundbedürfnisse des Lebens zu brechen, mit der Begründung, dass gewichtigere Bedürfnisse debattiert werden könnten. Auf diese Weise hätten Konzepte wie Gesundheit, Umweltfürsorge und Gerechtigkeit nicht untersucht werden können, da sie nicht „objektiv“ seien. Jedoch hätten die neoklassischen Ökonomen durch den Versuch, einen gewissen *wertfreien* und *objektiven* mathematischen Ansatz zu kreieren, in Wirklichkeit die echten menschlichen Bedürfnisse und die Fragen nach Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit entwertet (S. 24). Nelson fasst ihre Argumente folgendermaßen zusammen:

- Die Ansicht, ökonomische Systeme seien leblose Maschinen, die in Übereinstimmung mit unmoralischen Gesetzen operieren, ist ein Glaube, keine Tatsache.
- Dieser Glaube hat schädliche Auswirkungen – für das Leben auf dem Planeten, für die menschliche Gesellschaft und für jeden Einzelnen.
- Das Begreifen von Wirtschaftssystemen als „lebensnotwendig, Leben beinhaltend, vom Menschen gemacht und durch unsere ethischen Entscheidungen ausgestaltet“

Reform dieser Zeitschrift und Call for Papers zum Thema ‚Historische Ungerechtigkeit‘

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) erneuert gerade diese Zeitschrift, um ein professionelleres Niveau mit einer internationalen Leserschaft auf der ganzen Welt zu erreichen. Augenfälligstes Beispiel ist die Namensänderung. Das neue JfGG wird im Herbst 2008 als begutachtetes (peer-reviewed) Journal erscheinen, immer auf der Suche nach den wichtigsten Forschungsergebnissen und aktuellen Aufsätzen aus der Politikwissenschaft, der Ethik und anderen Disziplinen. Das Journal wird

● *Falls dem so sein sollte, wer ist als Anspruchsberechtigter wegen des historischen Unrechts anzusehen, und wer ist verpflichtet, Restitution oder Kompensation zu leisten? Können Kollektive wie Gesellschaften unter dieser Pflicht stehen?*

● *Kann man von verstorbenen Menschen sagen, dass sie ‚Rechte‘ haben? Können gegenwärtig lebende Menschen gegenüber verstorbenen Menschen Pflichten haben, insbesondere gegenüber Opfern historischen Unrechts?*

Sollten Sie daran interessiert sein, einen Artikel zu schreiben, senden Sie uns bitte zunächst einen kurzen Vorschlag (bis zu 500

Deutschland; Telefon: +49-(0)6171-982367, Fax: +49-(0)6171-952566, E-Mail: kontakt@srzg.de

Integrations-Preis 2008 der Stiftung Apfelbaum an die SRzG verliehen

Im Jahre 1989 wurde die Stiftung Apfelbaum mit dem Ziel gegründet, langfristig angelegte und auf Gemeinsamkeit ausgerichtete Wachstums- und Verbindungsprozesse zu fördern.

Zu diesem Zweck vergibt die Stiftung Apfelbaum seit dem Jahr 1996 einen speziellen, mit 5000 Euro dotierten Integrations-Preis an Personen oder Institutionen, die sich durch nachhaltige und erfolgreiche Integrationsleistungen ausgezeichnet haben.

Unter den bisherigen Preisträgern befinden sich Persönlichkeiten wie z.B. Kurt Biedenkopf, Alice Schwarzer, Hanns-Dieter Hüsch und Johannes Rau sowie Institutionen wie amnesty international, die Max-Planck-Gesellschaft und zuletzt Terre des Femmes.

Im vergangenen Monat ist nun die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen mit dem Integrations-Preis 2008 ausgezeichnet worden. In ihrer Begründung für die Preisvergabe dankt die Stiftung Apfelbaum der SRzG für ihren Einsatz als stetig öffentlich wirksame Initiative, die es durch Konferenzen und Dokumentationen zu wichtigen Grundsatz- und Schwerpunktthemen dauerhaft schaffe, Einfluss auszuüben, und die durch ihre eigene Zeitschrift zu aktuellen Fragen engagiert Stellung bezöge. Zudem werde durch Einbeziehung junger Mitarbeiter und Wissenschaftler (vor allem durch das von der SRzG getragene Institut für demografische Zukunftsfähigkeit) gezielt der Nachwuchs gefördert.

Die SRzG möchte sich bei der Stiftung Apfelbaum für die Vergabe des Integrationspreises herzlich bedanken! Auszeichnungen wie diese sind ein Ansporn, mit der guten Arbeit fortzufahren.

Climate Legacy Initiative beruft Dr. Jörg Tremmel in das Distinguished Advisors Panel

Dr. Jörg Tremmel wurde in das Distinguished Advisors Panel der Climate Legacy Initiative (CLI) berufen, einer Kooperation des Environmental Law Centers der Vermont Law School und des Human Rights Centers der University of Iowa.

Die CLI forscht unter Leitung von Prof. Burns H. Weston auf dem Gebiet „Rechtliche Verantwortlichkeit gegenüber

Der Welt Gerechtigkeit besteht in ihrer Kreativität, in der Lösung von Problemen, in unseren Handlungen und unserer Anstrengung. Während ich am Leben bin, ist es mir möglich, zu handeln, Glück anzustreben; das ist Gerechtigkeit.

/ Simon Soloveychik /

ab jetzt vierteljährlich publiziert. Alle Beiträge werden in die englische, deutsche und möglicherweise in weitere Sprachen übersetzt. Die Zielgruppe dieser Zeitschrift sind Wissenschaftler, ebenso wie heutige und zukünftige Entscheidungsträger. Entscheidungsträger sind Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen, nationale und internationale Parlamentsabgeordnete, Führungspersonen aus Wirtschaftsunternehmen, Wissenschaftsjournalisten sowie zahlreiche Bibliotheken. Zukünftige Entscheidungsträger sind Studierende aus diversen Studienfächern.

Herausgeber sind, unter anderen, Prof. Ernest Partridge, Prof. Dieter Birnbacher, Prof. Lukas Meyer, Dr. Axel Gosseries, Prof. Claus Dierksmeier und Prof. Leslie Thiele. Wir suchen Artikel in englischer und deutscher Sprache für das Thema der Ausgabe 3/2008 des JfGG ‚Historische Ungerechtigkeit‘. Die folgenden Fragen könnten Ihnen Ideen für Beiträge liefern:

● *Welche Auswirkungen hat historisches Unrecht auf das Wohlbefinden gegenwärtiger und zukünftiger Individuen und/ oder Gruppen?*

● *Was ist die normative (moralische und/ oder rechtliche) Bedeutung historischen Unrechts? Was sind lang anhaltende gesellschaftliche und moralische Konsequenzen?*

● *Wie sollte eine Reaktion auf historische Ungerechtigkeiten und ihre indirekten Auswirkungen aussehen? Gibt es Maßnahmen der Wiedergutmachung und der symbolischen Restitution, die als besonders angemessen erscheinen?*

Zeichen). Daraufhin werden Sie von einem unserer Redakteure kontaktiert, um die Details Ihres möglichen Artikels zu besprechen.

Umfang des endgültigen Beitrags: Der Umfang des endgültig veröffentlichten Artikels sollte bis zu 30.000 Zeichen betragen (inklusive Leerzeichen, Anmerkungen etc.).

Einsendeschluss: Einsendeschluss für den endgültigen Artikel ist der 1. August 2008.

Chefredakteur: Dr. Jörg Tremmel ist Gründer und Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Dr. phil. (06/2008); Dr. rer. pol. (2005); Diplom-Politologe 2003 (Universität Frankfurt/M); Diplom-Kaufmann 1998 (European Business School und Fernuniversität Hagen), Lehraufträge an verschiedenen deutschen Hochschulen zu den Themen „Generationengerechte Politik“, „Bevölkerungssoziologie“ und „Wissenschaftstheorie“.

Gastredakteur: Prof. Dr. Lukas H. Meyer, Assistenzprofessor für Philosophie an der Universität Bern in der Schweiz, hat seine Forschungsschwerpunkte in den Feldern der praktischen Philosophie und politischen Theorie, der Moral- und Rechtsgeschichte, der internationalen Gerechtigkeit und des Völkerrechts sowie auf dem Gebiet der Generationengerechtigkeit.

Kontakt und weitere Informationen: SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel,

zukünftigen Generationen bezüglich des Klimawandels“. Ein von der CLI voraussichtlich im Oktober 2008 erscheinendes Green Paper soll vor allem darstellen, welche nationalen und internationalen Rechtsnormen und -prinzipien künftige Generationen vor aus dem Klimawandel resultierenden Schäden schützen. Zudem soll geklärt werden, inwiefern gegebenenfalls konkrete staatsrechtliche und/oder privatrechtliche Haftungsansprüche gegenüber dem/den Verursacher(n) für diese Schäden entstehen können. Sofern Rechtslücken bestehen, sollen diese aufgezeigt und entsprechende Vorschläge gemacht werden, um sie zu schließen. Aufgabe der SRzG wird es sein, das Projekt der amerikanischen Universitäten wissenschaftlich zu unterstützen und zur Verbesserung der vorletzten Fassung des Green Papers der CLI beizutragen. Die SRzG hatte in ihrem „Handbuch Generationengerechtigkeit“ alle Verfassungen auf ihre Nachhaltigkeit hin analysiert.

Mehr Informationen über das Projekt der CLI finden Sie unter <http://www.vermontlaw.edu/cli/>. Ein Artikel von Prof. Weston findet sich auch auf unserer Homepage <http://www.generationengerechtigkeit.de/images/stories/forschung/cli.pdf>.

.....
Neues Beiratsmitglied: Prof. Dr. Meinhard Miegel



Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen freut sich, seit dem vergangenen Monat ein neues Beiratsmitglied in ihren Reihen zu haben: Prof. Dr. Meinhard Miegel folgte der Einladung

der SRzG, indem er schrieb: „Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. Dezember 2007, mit dem Sie mich einladen, im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen mitzuwirken. Da ich die Aktivitäten dieser Stiftung für unbedingt unterstützenswert halte, nehme ich die Einladung gerne an (...).“

Meinhard Miegel wurde im Jahre 1939 in Wien geboren, studierte Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau sowie Washington und promovierte 1969 im Fach Rechtswissenschaften. Nach einer vierjährigen Tätigkeit als Syndikusanwalt bei der Firma Henkel wurde er Mitarbeiter des

damaligen Generalsekretärs der CDU Kurt Biedenkopf und war ab 1975 Leiter der Hauptabteilung Politik, Information und Dokumentation der Bundesgeschäftsstelle der CDU.

Noch bis Juni dieses Jahres steht Miegel dem 1977 durch ihn und Kurt Biedenkopf gegründeten Think Tank „Institut für Wirtschaft und Gesellschaft“ (IWG BONN) vor, nach seinem Rücktritt wird dieser aufgelöst. Seit Ende 2006 ist Miegel Vorstandsvorsitzender der neuen Stiftung „Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung“, deren Aufgabe es ist, an der Entwicklung und Verbreitung einer verallgemeinerungs- und zukunftsfähigen Kultur in der westlichen Welt mitzuwirken.

In den Jahren zwischen 1992 und 1998 war Miegel zudem als Professor an der Universität Leipzig tätig, von 1995 bis 1997 als Vorsitzender der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen sowie von 1997 bis 2006 als Berater des Deutschen Instituts für Altersvorsorge. Diese Tätigkeiten zeigen bereits Meinhard Miegels großes Interesse an gesellschaftlichen und insbesondere demografisch geprägten Sachverhalten und Problemstellungen, mit denen er sich auch in seinen Veröffentlichungen („Die deformierte Gesellschaft“ 2002 und „Epochenwende“ 2005 u.a.) eingehend beschäftigt hat. Somit ist er eine große Unterstützung für den Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, der sich aus Persönlichkeiten aus allen politischen Richtungen und wissenschaftlichen Disziplinen zusammensetzt.

.....
Konferenz „Gerechte Generationenverträge“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft am 6.12.2007 in Berlin

Bei der Konferenz „Gerechte Generationenverträge“ der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und des Forschungszentrums Generationenverträge (FZG) der Universität Freiburg am 6. Dezember in Berlin diskutierten renommierte Experten, wie Generationengerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen verankert werden kann. Als Vertreter der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) nahm Wolfgang Gründinger teil.

Ungewohnte Einigkeit wurde auf der Tagung hinsichtlich des Umlageverfahrens in der gesetzlichen Rentenversicherung deutlich: Inzwischen sei weltweit der Über-schwang, mit dem man auf das

Kapitaldeckungsverfahren gesetzt habe, abgeflacht. Das Umlageverfahren müsse weiterhin stärkster Baustein der Altersversorgung bleiben. Eine Mischung aus Umlagerente und privatem Sparen sei nötig, wobei die exakte Mischquote freilich strittig blieb.

Der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der SRzG, erklärte, Generationengerechtigkeit sei eine ethisch-philosophische Fragestellung und nicht ökonomisch ermittelbar. Sie sei auch nicht die Idee, die hinter dem Instrument der Generationenbilanzierung stehe. Mit diesem nicht unumstrittenen Instrument der Rechnungslegung sollen lediglich Ungleichgewichte zwischen den Generationen aufgezeigt werden (den sog. >sustainability gap<), deren Nivellierung finanzielle Nachhaltigkeit im Sinne eines Gleichgewichts herstellen würde. Ob finanzielle Nachhaltigkeit als Generationengerechtigkeit anzusehen sei, müsse aber getrennt diskutiert werden.

(von Wolfgang Gründinger, Berliner Repräsentant der SRzG)

.....
Umzug der SRzG



Das neue Büro



Die neue Wohnung

Der im letzten Newsletter bereits angekündigte Umzug der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und des Instituts für demografische Zukunftsfähigkeit ist abgeschlossen: Im Februar 2008 sind Stiftung und Institut nun vollständig in ihre neuen modernen Büroräume im Gewerbegebiet Oberursel-Stierstadt eingezogen und haben

Freiheit, Gleichheit – schlechte Prinzipien! Das einzig wahre Prinzip der Menschlichkeit ist Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit gegenüber Schwachen wird notwendigerweise Schutz und Güte.
 / Henri-Frédéric Amiel /

damit nach über sechs Jahren das alte Büro in der Kronberger Straße verlassen. Auch das neue Quartier für Freiwillige und PraktikantInnen, eine helle, ca. 80 qm große Wohnung, welche sich in unmittelbarer Nähe zu den neuen Büroräumen befindet, ist bezogen worden.

.....
**Demografiepreis für
 Nachwuchswissenschaftler**



Der Demografiepreis für Nachwuchswissenschaftler, der mit 10.000 Euro dotiert ist, leistet einen großen Beitrag, um in der Bevölkerung ein Bewusstsein für demografie-relevante Themen zu schaffen. Alle zwei Jahre wird die Öffentlichkeit durch die Ankündigung des Preises und der Preisträger sowie durch die Veröffentlichung der Ergebnisse für diesen Themenbereich sensibilisiert. Der zweite Demografiepreis 2008/2009 hat das Thema „Welche Chancen bietet die demografische Schrumpfung für die Gesellschaft, gerade für junge Leute?“.

Die Jury besteht aus Prof. Dr. Rolf Kreibich, Prof. Dr. Udo Simonis, Gertrude Penn-Bressel, Dr. Christine Hannemann

und Dr. Hans-Ulrich Oel. Die Einsendefrist läuft vom 1. Juli 2008 bis zum 15. April 2009. Jede Preisverleihung findet im Rahmen eines Kongresses statt, bei dem renommierte Wissenschaftler das Thema mit den Preisträgern diskutieren.
<http://www.demografie.org>

.....
Der Preis wird von der Stiftung Apfelbaum finanziert, die ihn auch angeregt hat.

.....
Klimarisiken, Ölknappheit und die Rechte der zukünftigen Generationen

Schon 1972 versuchte der „Club of Rome“ mit seinem Report über die „Grenzen des Wachstums“ das öffentliche Bewusstsein für die globalen Dimensionen der Nachhaltigkeit zu schärfen.

Heute erfährt die Welt die Konsequenzen der Überstrapazierung der ökologischen Grenzen: Der Weltmarktpreis für Erdöl stieg auf 112 US-Dollar pro Barrel, eine Steigerung von mehr als 300 Prozent innerhalb von drei Jahren. Das beweist, dass die Ressourcen doch schneller schwinden, als es Experten eine lange Zeit gedacht haben. Die „Beyond-Oil“-Studie des internationalen Jugendorganisation des Club of Rome, „tt30“, hat kürzlich herausgefunden, dass die meisten Länder noch nicht auf eine Zeit nach dem Öl vorbereitet sind.

Zudem zeigt die steigende Anzahl und Intensität der Naturkatastrophen auf der ganzen Welt, dass die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Treibhausgase bereits überansprucht ist. Die beiden Megatrends

unserer Ära – Ölknappheit und globale Erwärmung – werden zu schlechteren Lebensbedingungen für kommende Generationen führen.

Erfahren Sie mehr über das Beyond-Oil-Projekt: www.beyondoil.net

.....
Initiative für einen klimaneutralen Bundestag

In Berlin gibt es eine neue Initiative, um den deutschen Bundestag zum ersten klimaneutralen Parlament der Welt zu machen – das meint nicht nur die Sonnensegel auf dem Reichstagsgebäude.

Unter dem Dach der jungen Ideenschmiede des Club of Rome „tt30“ haben sich mehrere Initiativen junger Menschen ebenso wie die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen zusammengetan, um Ideen und Konzepte für die Reduzierung der Treibhausgase zu entwickeln und insbesondere für den effizienteren Gebrauch von Energie und Wärme, für umweltfreundliche Geschäftsreisen, den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und einen Wandel des Automobil-Angebots zu effizienteren Modellen, die mit biologischem Treibstoff betrieben werden.

Die Initiative hat bereits Unterstützung von renommierten Wissenschaftlern bekommen wie Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker (Universität von Kalifornien, St. Barbara) und Prof. Hartmut Graßl (ehemaliger Direktor des Weltklimaprogramms) ebenso von deutschen Politikern wie Renate Künast

.....
1. Lesung des Antrags für mehr Generationengerechtigkeit im Bundestag am 11.Okt. 2007

- Fast ein Jahr ist es her, dass 100 Abgeordnete einen Antrag für mehr
- Generationengerechtigkeit im Grundgesetz (GGiGG) eingebracht haben. Die SRzG setzt sich seit langem für eine grundgesetzliche
- Verankerung von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit ein. Jetzt endlich wurde der
- Antrag im Bundestag behandelt. Der eingebrachte Gesetzentwurf (Drucksache 16/3399)
- wurde von je 27 Abgeordneten der Unionsfraktion und der SPD, sowie von 25
- Abgeordneten der Grünen und 21 FDP-Abgeordneten mitgetragen. Durch einen
- neuen Artikel 20b soll der Staat verpflichtet werden, die Interessen künftiger Generationen
- besser zu schützen. Der Text lautet: „Der Staat hat in seinem Handeln das Prinzip der
- Nachhaltigkeit zu beachten und die Interessen künftiger Generationen zu schützen.“ In der
- Finanzverfassung soll Artikel 109 Absatz 2 Grundgesetz so umformuliert werden: „Bund
- und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, dem Prinzip der
- Nachhaltigkeit sowie den Interessen der künftigen Generationen Rechnung zu tragen.“



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

• Eine Zusammenfassung der Ersten Lesung sowie das offizielle Protokoll finden Sie im Internet unter www.generationengerechtigkeit.de

(Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen) und Marco Bülow (Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der SPD-Fraktion).

Die Initiative bringt Politiker aller Parteien zusammen, um gemeinsame Konzepte zu erarbeiten. Und es gibt schon erste Erfolgsmeldungen: Die externe Energieversorgung des Bundestagsgebäudes wird auf grüne Energie umgestellt.

Erfahren Sie mehr über die Initiative für einen klimaneutralen Bundestag:

www.klimaneutraler-bundestag.de

.....
Neues Personal

Falk Bartscherer, 24 Jahre



Mein Name ist Falk Bartscherer. An der Universität Heidelberg studiere ich Politische Wissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Woher kommt mein Interesse an Demografie und Generationengerechtigkeit? Während eines Auslandsjahres in Paris ist mir aufgefallen, dass sich Deutsche und Franzosen zwar ziemlich ähnlich sind, jedoch französische Städte schon heute viel jünger wirken als deutsche. Sie sind durch wesentlich mehr Kinder geprägt. Weil mich seither die Fragen beschäftigt haben, wie sich unterschiedlicher Kinderreichtum und demografisches Bewusstsein erklären lassen und welche Konsequenzen sich aus dem demografischen Wandel ergeben, habe ich mich um ein Praktikum beim idz und bei der SRzG beworben. Zurzeit kümmere ich mich um die Organisation des Demografie-Preises 2008/2009 und arbeite an der Zeitschrift Generationengerechtigkeit! mit.

Ilja Gold, 21 Jahre



Mein Name ist Ilja Gold und ich studiere seit Oktober 2006 Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Bremen. Ich habe mich für ein zweimonatiges Praktikum bei der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) entschieden, weil ich generell Erfahrungen in einer wissenschaftlichen Stiftung sammeln will. Des Weiteren passt die Thematik der Generationengerechtigkeit sehr gut zu einem meiner Studienschwerpunkte. Gerade in Anbetracht der demografischen Veränderungen, die in den meisten modernen Demokratien festzustellen

sind, sowie der immer noch wachsenden globalen Umweltverschmutzung, halte ich es für sehr wichtig, den intergenerationellen Gerechtigkeitsaspekt dieser Probleme in den Vordergrund zu stellen und an Projekten zu arbeiten, deren Inhalt es ist, das Leben zukünftiger Generationen in unserer Welt lebenswert zu machen.

Dana Patowsky, 24 Jahre



Ich heiße Dana Patowsky und ich studiere seit 2004 Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zurzeit absolviere ich ein Praktikum bei der SRzG, um einerseits berufspraktische Erfahrungen zu sammeln und zum anderen die Arbeit einer Stiftung kennen zu lernen. Aufgrund der älter werdenden Gesellschaft wird das Thema Generationengerechtigkeit immer wichtiger. Ich möchte dazu beitragen, das Interesse an diesem Thema in der Bevölkerung zu steigern. Im Anschluss an mein achtwöchiges Praktikum werde ich meine Diplomarbeit schreiben, in der ich das Thema Generationenbeziehung aufgreifen werde.

Felix Stahlmann, Ref. iur., LL.M., 27 Jahre



Mein Name ist Felix Stahlmann und ich bin 27 Jahre alt. Nachdem ich meinen Abschluss in Rechtswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz im Februar 2006 gemacht hatte, entschied ich mich, aufgrund der wachsenden Bedeutung der Globalisierung, einige Auslandserfahrungen zu machen. Dafür nahm ich jeweils in den Jahren 2006 und 2007 an einem Programm zur spanischen Sprache und mexikanischen Kultur an der Universidad Internacional de Cuernavaca (Mexiko) und an einem Master-Programm für Rechtswissenschaften an der University of Auckland (Neuseeland) teil. Nachdem ich schließlich im Februar 2008 meinen LL.M. (Hons.) Abschluss (Spezialisierung: Öffentliches Recht) absolviert habe, begann ich meine Tätigkeit als Praktikant bei der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG). Mein Ziel ist es, die wissenschaftliche und ideologische Arbeit im Bereich der Generationengerechtigkeit zu unterstützen – eine Thematik, der mehr denn je in einer Welt von globalen klimatischen Veränderungen und demografischem Wandel besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

Jakob Toebelmann, 25 Jahre



Ich bin Jakob Toebelmann und für die nächsten zwei Monate Praktikant bei der SRzG. Ursprünglich komme ich aus Schleswig-Holstein. Seit 2004 studiere ich Politikwissenschaft,

mittelalterliche Geschichte und Geographie an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Nach einem fünfmonatigen Auslandssemester in Barcelona (Sept. 2007 bis Jan. 2008) kam ich direkt zur SRzG, um allgemein Eindrücke wissenschaftlicher Stiftungsarbeit zu bekommen und im Speziellen mehr über demografische Zusammenhänge zu erfahren. Ich werde mein Studium voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2009 mit meiner Magisterarbeit über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beenden.

Stefan Westemeyer, 21 Jahre



Mein Name ist Stefan Westemeyer und ich bin 21 Jahre alt. Zurzeit bin ich Praktikant bei der SRzG. Ich studiere seit Oktober 2006 Politikwissenschaften und Soziologie an der Justus-

Liebig-Universität in Gießen. In den kommenden sieben Wochen ist es mein Ziel, die komplexen Prozesse und Ursachen für demographische Entwicklungen zu hinterleuchten und bei der alltäglichen Bewältigung der Arbeit in der Stiftung mitzuhelfen. Zudem will ich unterstützend bei der Entwicklung von Lösungsansätzen teilnehmen, um der Stimme der zukünftigen Generationen in Deutschland mehr Kraft zu verleihen. Zusammen als Team wollen wir das Bestmögliche in Politik und Gesellschaft erreichen, um von kommunaler bis auf Bundesebene die Interessen unserer nachfolgenden Generationen zu vertreten.

-
- **Die SRzG erneuert Ihren Aufruf zur**
 - **Einreichung wissenschaftlicher**
 - **Arbeiten für das Symposium**
 - „Flexibilisierung der Rushhour des
 - Lebens – Diversität der Lebensläufe im
 - internationalen Vergleich“ am 4.-6. Juli
 - 2008 in Berlin.
 -
 - **Der Abgabetermin** wurde bis zum **1.**
 - **Juni 2008** verlängert.
 - Für detaillierte Informationen vgl. Sie
 - bitte **JfGG Nr. 25 (4/2007), S. 38**
 - oder auf
 - **www.generationengerechtigkeit.de** >
 - **Tagungen**
 -
 -
-

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Adresse siehe Redaktionsanschrift

Chefredaktion: Dr. Jörg Tremmel,
Assistentin der Chefredaktion: Michelle Wenderlich



Redaktion: Falk Bartscherer, Ilja Gold, Dana Patowsky, Felix Stahlmann, Jakob Toebelmann, Stefan Westemeyer

Layout: Frank Schmilowski

Konzept: Dr. Jörg Tremmel

Druck: LokayDruck, Königsberger Str. 3, 64354 Reinheim
(www.lokay.de)

Verlag: Eigenverlag, Oberursel, Adresse siehe Redaktionsanschrift

Redaktionsanschrift: SRzG,
Postfach 5115, 61422 Oberursel,
Tel.: 06171-982367, Fax: 06171-952566,
Email: kontakt@srzg.de, www.srzg.de

ISSN 1617-1799

Das *Journal für Generationengerechtigkeit (JfGG)* erscheint vierteljährlich. Das Journal möchte das Bewusstsein unserer Verantwortung für kommende Generationen fördern und gleichzeitig themenbezogen über aktuelle Entwicklungen rund um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit informieren. Das Journal erscheint in deutsch, englisch oder als zweisprachige Ausgaben (davon bisher zwei Mal deutsch-französisch, je einmal deutsch-polnisch und deutsch-spanisch).

Das Jahresabo kostet 25 Euro und ist im Voraus für ein Jahr zu bezahlen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende. Wir wären Ihnen dankbar für eine Einzugsermächtigung (siehe letzte Seite). Dies erspart Ihnen den Gang zur Bank und uns teure Mahnbriefe.

Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der SRzG wieder. Bei korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplars ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

Das Papier, auf dem die Zeitschrift gedruckt wird, ist zertifiziert mit dem Blauen Umweltengel.

Das älteste Umweltzeichen der Welt: Der Blaue Engel ist die erste und älteste Umwelt-Kennzeichnung der Welt für Produkte und Dienstleistungen.

Sie wurde 1977 ins Leben gerufen. Und zwar als Instrument der Umweltpolitik, mit dem die positiven Eigenschaften von Angeboten gekennzeichnet werden sollen. Damit stärkt es die ökologischen Aspekte im Wettbewerb und trägt entscheidend dazu bei, den Strukturwandel der Wirtschaft in Richtung nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen. Und das mit wachsendem Erfolg: Heute tragen rund 3.700 Produkte und Dienstleistungen in 80 Produktkategorien den Blauen Engel.

Beständige Kriterien:

Der Blaue Engel zeichnet Angebote aus, die in ihrer ganzheitlichen Betrachtung besonders umweltfreundlich sind und zugleich hohe Ansprüche an den Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie an die Gebrauchstauglichkeit erfüllen.

Bezogen auf Papier bedeutet das konkret:

- Die Produkte müssen aus 100 % Altpapier bestehen
- Verzicht auf umweltbelastende Produktionschemikalien und Bleichmittel
- Verzicht auf Oberflächenbehandlung und Umwelt belastende Färbemittel
- Sparsamer Einsatz von Rohstoffen
- Geringer Energieverbrauch
- Umweltgerechte Entsorgung



Mitglied werden!

Fax-Nr. 06171 952566

Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen
Postfach 5115
61422 Oberursel

SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, PVSt., DPAG, Entgelt bezahlt, D 54906

Nachname _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Stadt _____

Telefon _____

Fax _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Mitgliedschaft in anderen Organisationen, Parteien, NGOs etc. _____

Beruf (Angabe freiwillig) _____

Ich bin besonders an folgenden Themen interessiert (zutreffendes ankreuzen):

- Philosophische Grundlagen der Generationengerechtigkeit
 Ökologie
 Finanzpolitik
 Familien- und Jugendpolitik

- Institutionelle Verankerung von Generationengerechtigkeit
 Rentenpolitik
 Arbeitsmarktpolitik

Die SRzG-Mitgliedschaft kostet 25 Euro/Dollar p.a.

SRzG

Kontonummer: 8039555800
GLS Bank eg (BLZ 43060967)
IBAN: DE64430609678039555800
BIC: GENODEM1GLS

Fragen oder Anmerkungen: kontakt@srzg.de

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



springer.com



Demographic Change and Intergenerational Justice

The Implementation of Long-Term Thinking in the Political Decision Making Process

J. C. Tremmel, Oberursel, Germany (Ed.)

Intergenerational justice has been achieved if the opportunities of the members of the next generation to fulfill their needs are better than those of the members of the preceding generation. For this, each generation ought to leave for the next generation an amount of resources is at least equal to its own amount.

The book deals with the complex relationship between intergenerational justice and demographic change and is characterized by its interdisciplinary approach. The authors come from a multitude of professional backgrounds and from several countries. This illustrates the implications of the demographic shift from many different perspectives. The book deals not only with the aspects of economic policy but also with environmental, societal and philosophical issues. The comprehensive volume is composed of five sections that pinpoint demographic trends, examine the impact of demographic changes on key indicators, investigate the relationship between key indicators and intergenerational justice, scrutinize population policies, and finally propose ways to implement long-term thinking on these issues.

2008. XXVIII, 218 p. 37 illus. Hardcover
ISBN 978-3-540-77083-1 ► € 79,95 | £61.50

Easy Ways to Order for the Americas ► **Write:** Springer Order Department, PO Box 2485, Secaucus, NJ 07096-2485, USA ► **Call: (toll free) 1-800-SPRINGER**
► **Fax:** 1-201-348-4505 ► **Email:** orders-ny@springer.com or **for outside the Americas** ► **Write:** Springer Distribution Center GmbH, Haberstrasse 7,
69126 Heidelberg, Germany ► **Call:** +49 (0) 6221-345-4301 ► **Fax:** +49 (0) 6221-345-4229 ► **Email:** SDC-bookorder@springer.com
► Prices are subject to change without notice. All prices are net prices.

013701x